

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mark monatlich, 1,00 Mark wöchentlich, 30 Mark frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,50 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst 13/11.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die halbspaltige Kolonette oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (zählend 2 festgedruckte Buchstaben), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 19. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Interessengegensätze im Tabakgewerbe und Tabaksteuer.

Allmählich klärt sich der seltsame Widerspruch, der darin liegt, daß der Herr Staatssekretär behaupten konnte, das Tabakgewerbe sei bereit, der Tabaksteuer zuzustimmen, während es alsbald darauf Proteste gegen die Steuer auf den Reichstag niederhagelte. Es handelte sich da offenbar um scharfe Gegensätze unter den Interessenten.

Ganz einfach ist es für den Unbeteiligten nicht, in diesen Verhältnissen sich zurechtzufinden und nur unter Fortlassung der Einzelheiten kann man folgende Gruppen und ihre Tendenzen feststellen: Die Zigarrenindustrie steht im Kampfe gegen die Zigarettenindustrie; innerhalb der Zigarrenindustrie spitzt sich der Kampf zwischen Groß- und Kleinunternehmern immer mehr zu; Fabrikanten und Händler liegen sich in den Haaren, wobei die Stellung der Händler zu den Zigarettenfabrikanten eine andere ist, als zu den Zigarrenfabrikanten; schließlich sind die Händler keine geschlossene Gruppe, sondern es besteht der scharfe Gegensatz zwischen Großhändlern und Detaillisten. — Alles spricht dafür, daß ein Teil der Zigarettenfabrikanten und der Großhändler den Plan verfolgen, die durch den Krieg herbeigeführte Lage und die Steuervorlage auszunützen, um Vorteile gegenüber den Gegnern zu erzielen.

Der Kampf zwischen Zigarren- und Zigarettenindustrie wird seit langem in Deutschland mit großer Erbitterung geführt. Der Verbrauch an Zigaretten wächst rapid. Zwar werden noch erheblich mehr Zigaretten geraucht als Zigarren, denn es werden annähernd 70 Millionen Kilogramm Tabak zu Zigaretten verarbeitet, gegen 14 Millionen Kilogramm zu Zigarren, aber von den letzten wurden 1898 rund 5,5 Milliarden Stück hergestellt, 1913 rund 8,7 Milliarden. Strittig ist nur, ob die Zigarette die Zigarre verdrängt oder neben ihr aufkommt, denn bisher scheint, abgesehen von Rückschlüssen, die bei der Erhöhung der Steuer eintraten, der Verbrauch an Zigaretten stetig zu wachsen. Jedenfalls gönnen aber die Zigarettenfabrikanten den Zigarrenfabrikanten von Herzen eine möglichst hohe Steuer. Seit die Vandalensteuer für Zigaretten eingeführt ist, ist es auch ein Leichtes, die Zigarette zu belasten und die Zigarre zu schonen. Faktisch ist denn auch die Zigarette bereits viel höher belastet, als die Zigarre. Zieht man nämlich die Gewichtsmenge des Tabaks in Betracht, so ist die Besteuerung der Zigarette fast viermal höher, als jene der Zigarre. Auch bei der neuen Vorlage ist die Belastung sehr ungleich. Von Sachleuten wird nämlich eine Mehrbelastung für 1000 Zigaretten von 6,96 M. herausgerechnet, für Zigaretten 7,10; da aber 1000 Zigaretten achtmal mehr wiegen als 1000 Zigarren, so wäre die Mehrbelastung der letzten mehr als achtmal so groß. Das eben macht den Zigarettenfabrikanten die Steuervorlage schmackhaft!

Früher operierten nun die Zigarettenfabrikanten gern mit dem Argument, die Zigarette könne die Steuer tragen, denn sie werde nur von Wohlhabenden geraucht, während die Zigarre das Rauchobjekt des Volkes sei. Das trifft indes längst nicht mehr zu, denn in den Städten wird bereits in Arbeiterkreisen die billige Zigarette geraucht.

Innerhalb der Zigarettenindustrie vollzieht sich die Konzentration in letzter Zeit mit besonderer Schärfe. Zwar gibt es noch viele Kleinbetriebe, die Zigaretten herstellen, aber sie verlieren mehr und mehr ihre Selbstständigkeit. Im Produktionsprozeß hat sich allerdings wenig verändert, die Maschine dringt in der Zigarettenherstellung nicht durch, aber die Handelsbeziehungen verschieben sich zumgunsten der kleinen Produzenten. Mitgewirkt hat dabei die Erhöhung der Steuern. Diese werden zwar letzten Endes von den Konsumenten getragen, aber der Fabrikant muß sie vorstrecken, indem er beim Ankauf von Tabak auch die Steuer bezahlt. Nun vollzieht sich der Tabakhandel hörfenmäßig, die Großfabrikanten kaufen gegen bar an der Börse, die kleinen, die nicht so große Posten einer bestimmten Sorte kaufen können, sind auf die Zwischenhändler angewiesen und bezahlen daher ganz wesentlich höhere Preise. Dabei erhalten sie wohl Kredit, aber sie müssen an die Detaillisten noch viel langfristigeren Kredit leisten.

Zwischen Händlern und Fabrikanten tobt der Kampf von jeher. Beim Zigarettenhandel haben sich die Verhältnisse verhältnismäßig einfach gestaltet. Es ist ein Markenartikel, d. h. der Fabrikant schreibt den Preis für den Einzelverkauf vor, der Händler darf diesen nicht überschreiten. Der Händlerprofiß wird bestimmt, indem der Fabrikant um so und so viel Prozent unter dem Detailpreis liefert. Vorteilhaft für den Händler ist, daß er stets darauf rechnen kann, die bestimmte Marke zu erhalten und daher kein großes Lager zu halten braucht. Auf der anderen Seite wird er aber zum Kommissionshändler des Fabrikanten degradiert. — Ganz anders im Zigarrenhandel. Abgesehen von dem Fabrikat einiger renommierter Firmen, die hochwertige Qualitätsware herstellen, geht die Zigarre „namenlos“ ins Land. Der Detaillist bestimmt den Preis, zu dem er verkaufen will, und sucht auf der anderen Seite den Preis möglichst zu drücken.

Früher mögen nun die Detaillisten den Fabrikanten „über“ gewesen sein; immer neue Produzenten tauchten auf, warfen Waren auf den Markt und unterboten sich gegenseitig, die Händler diktierten die Bedingungen. Aber dazu wuchs auch die Zahl der Händler gewaltig und das war vor-

erst ein Schaden für das ganze Gewerbe, denn diese Händler machten sich gegenseitig überaus scharfe Konkurrenz und drückten nun um so mehr die Preise. Es war eben gar zu leicht, einen Zigarrenladen zu eröffnen. Höchstens mußte man so viel Geld haben, um die Miete zu bezahlen; die Laden-einrichtung wurde auf Kredit genommen und ebenso die Ware; mit der Sachkenntnis der meisten Händler haperte es auch. — Diese guten Zeiten für die „kleinen Leute“ sind indessen zum Teil vorüber. Großhändler und auch Fabrikanten richten eigene Läden ein — es gibt heute Zigarrenfirmen, deren Verkaufsläden nach vielen Hunderten zählen —, andere Fabrikanten suchen direkt mit der Kundschaft in Verbindung zu treten, auch die Warenhäuser machen den kleinen Detaillisten scharfe Konkurrenz.

Der Krieg hat nun dahin gewirkt, daß die Ware knapp wird, weil die großen Tabaklager geräumt sind und die Zufuhr sehr erschwert ist. Dabei kommen vor allem die kleinen Fabrikanten unter den Schlägen. Auf Kredit ist überhaupt kein Rohtabak mehr zu haben, man reißt sich um die Ware, die Preise gehen sprunghaft in die Höhe; da reicht denn das geringe Kapital nicht aus, die Kleinbetriebe werden ausgeschaltet. Es kommt hinzu, daß ein großer Teil der Zigaretten heute von der Militärverwaltung aufgekauft wird (man spricht von einem Drittel der gesamten Zigarettenproduktion). Der Rest „läßt sich nicht lumpen“; er zahlt anständige Preise und kauft gegen bar. Das ist also ein glänzendes Geschäft, an dem aber die kleinen Fabrikanten gar nicht, die mittleren nur durch Vermittlung der Händler, die ihnen den Tabak verschaffen, teilnehmen können.

Weil die Knappheit an Tabak, wie die große Nachfrage der Regierung, bewirkt nun, daß die Großfabrikanten den Ladenhändlern die Bedingungen diktieren können. Diese Konjunktur möchten sie gründlich ausnützen und die Handelsverhältnisse auf die Dauer zu ihren Gunsten umgestalten. Dazu kann, wie sie meinen, die Steuer ausgenützt werden. Nämlich: die hohe Steuer wird bewirken, daß die kleinen Fabrikanten auch nach Friedensschluß nicht wieder hochkommen, denn je teurer der Rohtabak durch die Steuer wird, desto mehr Kapital ist zum Betriebe einer Fabrik notwendig. Die Ausschaltung vieler kleiner Konkurrenten wird aber den Großfabrikanten ermöglichen, den Händlern den Profit höher zu hängen. Nun sind die Erwerbsverhältnisse vieler dieser Kleinbetriebe seit Jahr und Tag recht schwierige und wenn die Großfabrikanten ihren Willen durchsetzen, werden sicher viele von ihnen ruiniert werden. Aber vom Standpunkt der Großfabrikanten ist das kein Schaden, denn in ihrem Interesse liegt es, mit einer leistungsfähigen Kundschaft zu tun zu haben.

Wenn also behauptet wird, daß die „Tabakindustrie“ nicht gegen die Erhöhung der Steuer sei, so ist das dahin einzuschränken, daß die Großfabrikanten der Zigarettenindustrie erstens der Zigarettenindustrie möglichst hohe Lasten aufbürden möchten, zweitens auch einer Verteuerung der Zigaretten nicht abgeneigt sind, weil sie hoffen, die kleineren Konkurrenten niederzurufen und die Händler zu buben.

Vom sozialen Standpunkt bringt der Uebergang zum Großbetriebe manchen Vorteil mit sich. Auch ist die übermäßig große Zahl von Kleinbetrieblern sicher eine Vergewandung von Kraft und Kapital und man kann einräumen, daß eine starke Verminderung der Zigarettenproduktion keinen Nachteil für die Volkswirtschaft bedeutet. Aber es muß betont werden, daß der künstlich durch die Steuervolitik beschleunigte Ruin vieler Kleinproduzenten verheerend auf die Arbeiterverhältnisse einwirken muß, ganz besonders während der Krise, die der Krieg in diesem Gewerbe gezeitigt hat und die sicher nach Friedensschluß noch verschärft werden wird. Gerade in dieser Krisenzeit dürfte es aber auch besonders gefährlich sein, wenn plötzlich viele Kleinbetrieblern ruiniert, in die Reihen des Proletariats herabgestoßen werden.

Für die Sozialdemokratie ist die Tabaksteuer unannehmbar. Die bürgerlichen Parlamentarier, die samt und sonders von Wohlwollen für den Mittelstand überfließen, sollten es sich doppelt und dreifach überlegen, ob sie durch Bewilligung der Steuervorlage den auf die Erdrötelung zahlreicher Existenzen eben dieses Mittelstandes abzielenden Plänen der Großfabrikanten Vorschub leisten wollen.

Eine Verschiebung der erhöhten Tabakabgaben?

Die oben erörterten Differenzen spielen auch hinein in die neuerdings aufgeworfene Frage, ob es nicht angängig wäre, die von der Reichsregierung vorgeschlagene Erhöhung der Tabakabgaben bis zu der späteren Neuordnung der Reichsfinanzen zu vertagen, da durch Einführung der geplanten Umsatzsteuer der für den nächsten Reichsetat erforderliche Mehrbedarf an Mitteln jedenfalls gedeckt würde. Dazu schreibt eine offiziöse Nachrichtenstelle:

„Dabei ist aber darauf hinzuwirken, daß die Tabak verarbeitende Industrie ganz überwiegend gegen eine Verschiebung der neuen Belastung ist, weil sie gerade die Kriegszeit in besonderer Weise für geeignet hält, eine solche Regelleistung durchzuführen, die in normalen Zeiten keinen tiefen und störenden Eingriff in das ganze Gewerbe bedeuten würde. Es sind mithin im wesentlichen nur gewisse Kreise des Handels, die für eine Vertagung eintreten. Der Standpunkt der Industrie ist durchaus verständlich. In Friedenszeiten wird jede starke Mehrbelastung des Tabaks, wie die Finanzreform des Jahres 1909 sie brachte, die einer

vorübergehenden Produktionseinschränkung führen, zu einem verminderten Absatz der Fabriken und eine beschränkte Beschäftigung der Arbeiter zur Folge hat. Jetzt während des Krieges sind aber solche Wirkungen unter keinen Umständen zu erwarten. Denn der außerordentlich große Bedarf der Armee an Tabakerzeugnissen verursacht eine Beschäftigung der Industrie bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit. Von einer verminderten Beschäftigung der Arbeiter kann infolgedessen nicht die Rede sein; es müssen vielmehr andauernd Arbeiter, besonders Heimarbeiter, aus anderen Industrien herangezogen werden. Die Mehrbelastung des Tabaks wird also gerade jetzt, was den Beschäftigungsgrad betrifft, spurlos an der Industrie vorübergehen.“

Wilson's Antwortnote an Deutschland.

London, 17. April. (B. Z. V.) Die „Daily News“ erfährt aus Washington: Präsident Wilson hat gestern den größten Teil des Tages an der neuen Note an Deutschland gearbeitet. Man glaubt, daß sie fertig ist; es ist aber nicht sicher, ob sie sofort abgeschickt oder noch zurückgehalten wird, um sie den führenden Männern des Kongresses vorzulegen. Der Inhalt wird streng geheim gehalten; man kann aber mit Sicherheit sagen, daß darin eine neuerliche Aufzählung der durch Unterseeboote im letzten Jahre begangenen Rechtsverletzungen enthalten sein wird. Man glaubt nicht, daß die Note ein Ultimatum in dem Sinne sein wird, daß darin eine Frist gestellt wird. Man hat in Washington guten Grund anzunehmen, daß Berlin keinen Bruch wünscht, und ist von demselben Geiste besetzt, will aber die Angelegenheit nicht auf die lange Bank schieben.

Washington, 18. April. (B. Z. V.) Meldung des Reuters-Bureaus. Präsident Wilson hat die Note an Deutschland land fertiggestellt.

Ein Amerikaner an Bord des „Imperator“ verwundet.

Washington, 17. April. (B. Z. V.) Meldung des Reuters-Bureaus. Nach den Mitteilungen des Staatsdepartements befanden sich zwei Amerikaner an Bord des Dampfers „Imperator“, auf der Fahrt von den Vereinigten Staaten nach Marjette, auf den in der vorigen Woche ohne vorherige Warnung von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot geschossen wurde. Ein Amerikaner wurde verwundet.

Huysmans Reise.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die holländische Presse veröffentlicht längere Mitteilungen des Genossen Huysmans über seine Reise nach England und Frankreich. Er berichtet, daß er — und Vandervelde — drei Sitzungen abhielt: die erste mit der Verwaltungskommission der sozialistischen Partei, die zweite mit der parlamentarischen Fraktion. Huysmans spricht von einer starken Minderheit, als deren Führer er Longuet nennt. Die kleine Gruppe, die nach Zimmerwald gegangen sei, habe keine Bedeutung. Die Mehrheit glaube, daß die nationalen Parteien „in ihrem historischen Willen arbeiten würden“. Die Zeit für ein internationales Zusammenwirken sei noch nicht gekommen. Die Minderheit strebe eine Sitzung des J. S. V. an und wolle ein paralleles Vorgehen mit der deutschen sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Von der Minderheit, sagt Huysmans, sei zugegeben worden, daß die Exekutive des J. S. V., die die Mehrheiten repräsentiere, nicht weiter gehen konnte. Ein Anhänger der Zimmerwalder Konferenz habe ihm erklärt, daß er die „neue Enteignungspolitik“, das heißt die Verdrängung der J. S. P. verwerfe. Sowohl die Mehrheit wie die Minderheit waren der Meinung, daß die Arbeiterklasse, auch wenn sie keinen oder wenig Einfluß auf den Augenblick des Friedens haben könne, so doch den Inhalt des Friedens beeinflussen müssen, von dem die Möglichkeit eines neuen Konflikts abhängt. Darum traten beide Richtungen dafür ein, daß die verschiedenen Parteien in dieser Hinsicht tätig sein und darüber dem J. S. V. Bericht erstatten sollen — in Erwartung, daß die Ereignisse weiteres ermöglichen.

Den Pariser Beratungen haben Thomas und Sembat beigewohnt. Guesde war krank.

In London hatte Henderson Zusammenkünfte der verschiedenen Organisationen veranstaltet. Die erste war die der Fabier. Es wurde zunächst die Frage des Inhalts des Friedens behandelt, aber die eine Vorarbeit in der Studie der Webb's über Schiedsgerichte vorlag, weiter die Tarifreform, die vielen als neue Gefahr für die Arbeiterklasse erscheint.

Die zweite Versammlung vereinigte die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei unter Vorhug Hendersons. Huysmans erwähnt hier eine Kampagne, die durch einen Artikel Hodges in „The People“ eingeleitet wurde, worin Henderson und Vandervelde angegriffen, er selbst — Huysmans — aber als „Agent Wilhelms II.“ bezeichnet wurde. Thompson tat im „Clarion“ mit, andere, bürgerliche Blätter gaben den Angriffen weitere Verbreitung. Hyndman, Gorkle u. a. protestierten gegen dieses Treiben, das immerhin die Wirkung hatte, „einige Parlamentarier mitzubringen“ zu machen.

Die dritte Versammlung fand in der „Labor Party“ statt. Die Debatte war überaus freundlich. Die Haltung der Versammlung stimmte mit der der französischen Partei überein und die Anträge des Exekutivbureaus des J. S. V. wurden zum Gegenstand weiterer Besprechungen bestimmt.

Die vierte Versammlung war die der Britischen Sozialistischen Partei. Die Mehrheit dieser Partei fordert unmittelbare Aufnahme der Beziehungen mit allen Parteien, aber erklärte sich gegen die Aktion von Zimmerwald.

Das Gesamtergebnis der Reise sagt Gutzmann in folgenden Punkten zusammen:

1. Die Franzosen und Engländer erkennen das Haager Bureau als Zentrum der Bewegung an.
2. Sie haben die Haltung der Exekutive gutgeheißen.
3. Die Mehrheit hält die Zeit für eine Bureauisierung noch nicht für gekommen.
4. Es bestehen in der bedeutende Minderheiten, die eine solche Sitzung wünschen.
5. Alle stimmen darin überein, daß die Exekutive nicht über die Köpfe der Parteien hinweg handeln soll.
6. Die Parteien Frankreichs und Englands sind eins über die Notwendigkeit, Einfluß auf den Inhalt des Friedens zu üben.

Gutzmann erklärt schließlich, dieses Ergebnis sei eine völlige Verurteilung der neuen Unternehmung der Zimmerwälder, die durch die Franzosen, die Engländer, die Deutschen und die Desterreicher scharf zurückgewiesen werde. Ueber seine eigene Rolle sagt er, daß er keine persönliche Aktion führe, in den Sitzungen der Exekutive nicht mitstimme. Er tue in der heutigen Krise einfach seine Pflicht, indem er die Beschlüsse der Exekutive ausführe, auch wenn sie nicht mit seiner Ueberzeugung übereinstimmen. Interessant ist die Antwort auf eine Frage des Interbienerers über die Politik der belgischen Regierung. Sie lautet: „Ihre Politik ist gemäßigt und optimistisch. Gemäßigt, weil sie gegen die Annerkennungskreier und diejenigen, die uns an eine der großen Gruppierungen festbinden wollen, Front gemacht hat. Die Regierung will das alte Belgien zurück und frei bleiben.“ (z)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 18. April. (W. T. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Auf dem linken Ufer der Maas wurden unsere Stellungen von der feindlichen Artillerie kräftig beschossen. Auf dem rechten Ufer verlief die Nacht verhältnismäßig ruhig, ausgenommen in der Gegend südlich des Gehölzes von Dandromont, wo die Artillerietätigkeit ziemlich lebhaft blieb. Es kam zu keiner Infanterietätigkeit. Von der übrigen Front ist außer dem gewöhnlichen Geschützfeuer nichts zu melden.

Luftkampf: In der Nacht zum 17. April hat ein unserer Geschwader, das aus neun Flugzeugen bestand, trotz dichten Nebels die Gegend von Conslans, Vagny, Arnabille und Rombach stark beschossen. Es wurden Geschosse in folgender Anzahl abgeworfen: Zwölf auf den Bahnhof von Conslans, sechzehn auf Fabriken in Rombach, acht auf den Bahnhof von Arnabille und elf auf die Bahnhöfe von Vagny und Ars. In der Nacht zum 18. April hat ein unserer Kampfflugzeuge bei einem Fluge über die Nordsee aus 100 Meter Höhe sechzehn Geschosse auf ein feindliches Schiff abgefeuert, von denen die meisten trafen.

Paris, 18. April. (W. T. V.) Amtlicher Bericht von Montag abend. Zwischen Acre und Dife zerstörten unsere Batterien feindliche Schützengraben und Unterstände in der Gegend von Bevrains und Laffigny. In den Argonnen zerstörte Feuer auf deutsche Werke nördlich von La Harazée. Bei Vouquois sprengte ein unserer Minen einen kleinen feindlichen Posten mit der Besatzung in die Luft. Am linken Maasufer lebhafteste Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen die Höhe 304 und unsere zweiten Linien. Am rechten Maasufer warfen die Deutschen nach einer Beschießung von wachsender Heftigkeit, die des Morgens begann und sich gegen unsere Stellungen von der Maas bis Donnauumont richtete, gegen 2 Uhr nachmittags einen mächtigen Angriff mit einem Bestand von wenigstens zwei Divisionen vor. Die Sturmwellen brachen sich an einer Front von ungefähr vier Kilometern an unseren Sperrfeuer und Maschinengewehrfeuer und wurden zurückgeworfen, mit Ausnahme eines Punktes, wo sie in einem kleinen Vorsprung unserer Linie südlich vom Walde Chaufour Fuß faßten. Bei diesem Angriff erlitt der Feind sehr bedeutende Verluste, namentlich westlich vom Pfefferhügel und an der Schlucht zwischen dem Pfefferhügel und dem Walde von Dandromont. In der Woivre Hagel von Artilleriegeschossen in den Abschnitten am Fuße der Maasböden.

Flugwesen: In der Nacht vom 16. zum 17. warfen unsere Angriffsluftzeuge 22 Bomben auf die Bahnhöfe von Rantillois und Vrieuxelles, 15 Bomben auf die Lager im Walde von Vieville und Thillot sowie nordwestlich von Biengulles.

Belgischer Bericht: Im Laufe des Tages war die Artillerie an verschiedenen Stellen ziemlich lebhaft, insbesondere in der Gegend von Dosselerle und Dignuiden.

Die englische Meldung.

London, 17. April. (W. T. V.) Kritischer Heeresbericht. Heftige Beschießung von Boormezelle, Dickerbusch und der Gegend zwischen St. Eloi und Ipern am Kanal von Contines. Weidertätigkeit der Artillerie bei Odonterre, zwischen Carnoy und der Somme und in der Gegend von Souchez und Roex-les-Mines. Sappenarbeit im Hohenzollernabschnitt und westlich von Vimy. Gestiern starke Fliegertätigkeit; ein unserer Flugzeuge wird vernichtet.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 18. April. (W. T. V.) Amtlicher Bericht vom 17. April:

Westfront: An der Düna beschloß die deutsche Artillerie die Stellungen des Brückenkopfes Uezküll und einen Teil der Stellungen von Dinaburg südlich Garbunowka. Südlich von Dinaburg stelltenweise Artilleriekampf, der zwischen Madsjol- und Karocz-See ziemlich heftig war. Der Feind verwendet Flugzeuge, die auf den Flügeln mit unseren als Erkennungszeichen dienenden Kreisen versehen sind.

Galizien: An der oberen und mittleren Strypa bereiteten wir mehrere Angriffsversuche des Gegners auf unsere Gräben.

Kaukasus: Im Rüstungsabschnitt besetzten unsere Truppen Surmene (an der Mündung des Kara Dere), und erreichten auf der Verfolgung des sich zurückziehenden Feindes das Dorf Arseneliski, 18 Werst östlich Trapezunt. Die Kämpfe im oberen Tschoroktal entwickelten sich weiter zu unserem Vorteil.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 17. April. (W. T. V.) Amtlicher Bericht. Kräftige Artillerietätigkeit von Judisarian bis zum Saganatal und in dem Frontabschnitt vom oberen Degantotal bis zum oberen Duttal. Im Saganatal griff der Feind unsere Stellungen vom Laganzabach bis zum Monte Colle an. Wir unternahmen einen Gegenangriff und schlugen den Feind zurück, der etwa 60 Gefangene, darunter zwei Offiziere in unserer Hand ließ. Längs des Jongo und auf dem Karst war die Tätigkeit der Artillerie weniger stark. Unsere Geschütze erzielten mehrmals Volltreffer in den feindlichen Batterien, die in Höhlen in der Umgebung von Jagonilla in der Gegend von Plava standen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. April 1916. (W. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Artillerie nahm die englischen Stellungen in Gegend von St. Eloi anschießend unter Feuer. Ein schwächlicher Handgranatengriff gegen einen der von uns besetzten Sprengtrichter wurde nachts leicht abgewiesen.

Weiderseits des Kanals von La Bassée und nordöstlich von Loos entspannen sich zeitweise lebhaftere Handgranatenkämpfe. In Gegend von Neuville und bei Venraignes sprengten wir mit Erfolg mehrere Minen.

Im Kampfgebiet beiderseits der Maas spielten sich sehr heftige Artilleriekämpfe ab. Rechts des Flusses entziffen niedersächsische Truppen den Franzosen im Sturm die Stellungen am Steinbruch 700 Meter südlich des Gehölzes Dandromont und auf dem Höhenrücken nordwestlich des Gehölzes Thianmont. 42 Offiziere, darunter 3 Stabs-offiziere, 1646 Mann sind an unverwundeten Gefangenen, 50 Mann verwundet in unsere Hand gefallen. Ihre Namen werden ebenso in der „Gazette des Ardennes“ veröffentlicht werden, wie die Namen aller in diesem Kriege gefangenen Franzosen, auch der bisher in den Kämpfen im Maasgebiet seit dem 21. Februar gefangenen 711 Offiziere, 38 155 Mann. Die Veranlassung zu dieser Bemerkung ist ein halbamtlicher französischer Versuch, unsere Angaben in Zweifel zu ziehen.

Angriffsversuche des Feindes am und im Caillette-Walde wurden bereits in der Vereinstellung oder in den ersten Anfängen durch Feuer vereitelt.

Gegen unsere Stellungen in der Woivre-Ebene sowie auf den Höhen südlich von Verdun bis in die Gegend von St. Mihiel war die französische Artillerie außerordentlich tätig.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Brückenlopf von Dinaburg brachen heute früh vor unseren Stellungen südlich von Garbunowka auf schmaler Front angeordnete russische Angriffe mit großen Verlusten für den Feind zusammen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 18. April. (W. T. V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der südtirolischen Front entwickelten die Italiener gestern teilweise eine regere Tätigkeit. Ueber Triest kreuzten zwei feindliche Flugzeuge, die durch Bombenwurf zwei Zivilpersonen töteten, fünf verwundeten. Unsere Flugzeuge versetzten die feindlichen bis Grado und erzielten dort einen Bombentreffer auf einem italienischen Torpedoboot. Im südlichen Abschnitt der Hochfläche von Dobers und am Görzer Brückenlopf kam es zu Geschützkämpfen. Bei Ragora wiesen unsere Truppen heute früh einen Angriff unter beträchtlichen Verlusten des Gegners ab. Der Tolmeiner Brückenlopf fand bis in die Nacht unter lebhaftem Artilleriefeuer.

An der Kärntner und Tiroler Front hielten die Geschützkämpfe mit wechselnder Stärke an. Am heftigsten waren sie am Col di Lana, wo sich das feindliche Feuer abends zum Trommelfeuer steigerte. Nach Mitternacht setzten die Italiener hier zu einem allgemeinen Angriff an. Dieser wurde abgeschlagen. Später gelang es dem Feinde, die Westflanke des Col di Lana an mehreren Stellen zu sprengen und in die gänzlich zerstörte Stellung einzudringen. Der Kampf dauert fort.

Im Saganatal, wo die Italiener in letzter Zeit unsere Vorposten durch wiederholte Angriffe belästigt hatten, wurde der Feind durch einen Gegenangriff aus seinen vorgeschobenen Stellungen zurückgeworfen. Er ließ hierbei 11 Offiziere, 600 unverwundete Gefangene und 4 Maschinengewehre in unseren Händen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 17. April. (W. T. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front hat sich nichts geändert.

An der Kaukasusfront kam es im Tale des Tschorok und auf dem linken Flügel zu örtlichen Gefechten. In den anderen Abschnitten hat sich nichts verändert.

Am 14. April überflog ein aus der Richtung von Enos kommendes feindliches Flugzeug Adrianopel und warf zwei Bomben ab, ohne eine Wirkung zu erzielen.

In der Gegend am Suezkanal griff eine unserer Aufklärungsabteilungen eine feindliche an und zwang sie zur Flucht, nachdem sie fünf Mann getötet hatte.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 18. April. (W. T. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Der norwegische Dampfer „Papeler“ ist versenkt worden. Der Besatzung wurde eine Viertelstunde Frist zum Verlassen des Schiffes gegeben; sie wurde eine Stunde darauf von einem anderen norwegischen Dampfer gerettet.

London, 18. April. (W. T. V.) Bloch meldet: Die russische „Schwanden“ wurde torpediert. Die Besatzung ist gerettet.

Französische Schiffsankäufe in Norwegen.

Kristiania, 17. April. (W. T. V.) Der französische Konsularagent in Kristiania steht im Begriff, eine französische Seglerflotte von 50 Segelschiffen zu kaufen. Die Schiffe, deren Tonnageinhalt ungefähr 180 000 Tonnen beträgt, sind größtenteils Vorkämpfer von 8000 Tonnen und 10-15 Jahre alt. Sie gehören einer einzigen Reederei in Nantes; die Kaufsumme beträgt 16 Millionen Kronen.

England erklärt alle deutsche Kohle für Banngut.

London, 18. April. (W. T. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Das auswärtige Amt teilt mit: Um Mißverständnissen vorzubeugen, wünscht die königliche Regierung, alle neutralen Schiffs-

eigner zu warnen und darauf hinzuweisen, daß alle Kohle deutschen Ursprungs, sei sie Ladung oder Bunkerloble, die sich auf neutralen Schiffen befindet, der Besatzung und Zurückhaltung ebenso unterliegt, wie andere Waren, die unter die königliche Verordnung vom 11. März 1915 fallen. Die Eigentümer neutraler Schiffe werden daher in Zukunft gut tun, sich zu vergewissern, daß die von ihnen bezogene Bunkerloble nicht deutschen Ursprungs ist, und sich von den königlichen Konsularvertretungen Versicherungen darüber zu beschaffen, daß die von den Schiffen mitgeführte Bunkerloble mit ihrer Erlaubnis in dem Hafen eingenommen worden ist.

Englischer Druck auf die Niederlande.

Haag, 18. April. (W. T. V.) Amtlich. Vom Minister für Ackerbau, Industrie und Handel wurden Sonnabend die Direktoren der Niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft und des Holländischen Lloyd empfangen, die dem Minister mitteilten, daß die britische Regierung für das Bunkern in England oder in englischen Kohlenstationen verlangt, daß 30 Proz. des Schiffsraumes für Frachten nach England zur Verfügung gestellt werden. Der Minister hat den Direktoren deutlich zu verstehen gegeben, daß der niederländische Schiffsraum für die Bedürfnisse der niederländischen Regierung verfügbar bleiben müsse und daß nicht gestattet werden kann, daß die Versorgung des eigenen Landes durch niederländische Schiffe zu kurz komme.

Gesprenzte Versammlung der Venizelisten.

Bern, 18. April. (W. T. V.) „Tempo“ meldet aus Athen vom 17., daß die zweite Agitationsversammlung, die von den Liberalen veranstaltet war, zu unbescheidlichen Tumulten führte. Die Ereignisse der letzten Tage hatten die öffentliche Meinung stark erregt, so daß man Zwischenfälle vorausahnte. Als im Athendium vor einer großen Menschenmenge der ehemalige Abgeordnete Regroponte seinen einleitenden Vortrag beendet hatte, ertönte plötzlich Rufe: „Es lebe der König!“, worauf die Venizelisten: „Es lebe Venizelos!“ schrien. Die Polizei räumte den Saal. Die Kavallerie hielt die Mengen an den Eingängen im Schach. So gelang es den Anti-Venizelisten, eine zweite Versammlung zu verhindern.

Eine italienische Stimme über die militärische Zusammenarbeit.

Bern, 18. April. (W. T. V.) Auf einen in der „Daily Mail“ erschienenen Artikel, der die Aufforderung an England und Italien enthält, kräftiger an den militärischen Operationen zur Verteidigung französischer Bedens teilzunehmen, schreibt „Corriere della Sera“ in einer redaktionellen Note, ein derartiges Problem aufzuwerfen, sei mehr als unnützlich, es sei gefährlich. Niemand außer dem italienischen Oberkommando und der Regierung könne sich solche Probleme stellen. Es sei unklug, Zahlen aufzustellen, wenn man die Bedingungen des italienischen Heeres und die Bedürfnisse der italienischen Front nicht genau kenne sowie über die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Italiens nicht unterrichtet sei. Zwischen den finanziellen und wirtschaftlichen Quellen des Landes und seiner bewaffneten Macht müsse ein gewisses Gleichgewicht herrschen. In einem Lande aber, wie Italien, sei es unerträglich, daß die Felder angebaud werden sowie daß die spärlichen Industrien nicht nur für die bewaffnete Macht, sondern auch für die wehrlose Zivilbevölkerung arbeiteten. Bei den militärischen Notwendigkeiten dürfe man nicht vergessen, daß die italienische Front mit der französischen keine Berührung habe und lediglich zwei Eisenbahnlinien von nicht allzu großer Leistungsfähigkeit zu militärischen Zwecken zwischen Frankreich und Italien benutzt werden könnten. Das italienische Eisenbahnnetz ermöglichte keine großen und raschen Truppenverschiebungen. Daher sei es notwendig, daß für den Fall einer feindlichen Offensive oder eines italienischen Angriffs in der Nähe der Front eine entsprechende strategische Reserve vorhanden sei. Dies, so schließt das Blatt, sei nur eine Seite des Problems, und zwar nicht die schlimmste, die größte Schwierigkeit sei immer noch, wirklich verfügbare Männer zu haben. In dieser Hinsicht aber könne man nicht leicht hin abschätzende Berechnungen aufstellen.

Sozialistische Kriegskritik in Italien.

Das „Verl. Tagebl.“ läßt sich telegraphisch nach dem „Avanti“ folgendes über eine Rede des Genossen Treves in der italienischen Kammer melden:

„Treves kommt zunächst auf die Rede Bethmann Hollwegs zurück, die wenigstens ein konkretes Friedensprogramm enthalten habe. Statt mit Friedensvorschlägen zu antworten, habe Asquith nur grobe Redensarten gemacht und getan, als wäre er der dauernden Widerstandskraft seiner Verbündeten ganz und gar sicher. Das sei aber ein tragischer Irrtum. (Es folgen lebhaft kommentare.) Deshalb ersuchen wir Sie, Herr Sonnino, bei Ihren künftigen Zusammenkünften mit den Verbündeten die Formulierung positiver Bedingungen zu beantragen, damit die Völker und Parlamente endlich einmal wissen, wohin der Weg führt. (Vehementer Beifall der äußersten Linken. Lärm bei der Mehrheit.) Der Rationalist Marchesano ruft: „Friedensbedingungen formulieren wäre soviel, wie Frieden verlangen.“ Der Sozialist Modigliani: „Gerade als ob Deutschland um den Frieden bäte!“ Treves fährt fort: Die Entente behauptet Tag für Tag, sie kämpfe nur für die Freiheit; aber das ist Gespöck! Dabei tut die Entente ganz daselbe, was Deutschland tat. Sie geht in das griechische Saloniki und bedroht das neutrale Holland. Treves verspottet alsdann die merkwürdigen „Geschenke“, die Sonnino aus Paris mitgebracht habe, nämlich Konventionen über Marokko und Ägypten, die beide für Italien wertlos seien. Die Sozialisten unterstützen ihren Redner, die Reformsozialisten unterbrechen ihn und der Präsident sucht mit etwas kräftigen Worten den Streit zu schlichten, erntet aber dafür von seiten des Sozialisten Modigliani den wiederholten Rosenamen „Sie Vollkommener!“ Nachdem sich der Lärm etwas gelegt hat, macht sich Treves über Sonninos Geheimniskrämeri und über die Pariser Konferenz lustig: „Haben wir vielleicht Sonnino gefragt, ob die Enthüllung der „English Review“ wahr ist, daß am 27. April 1915 zwischen England und Italien ein Geheimvertrag abgeschlossen wurde, wonach England den Italienern den Besitz von Görz, Trient, Triest, Triume und Valmation bis Spalato mit den Inseln Dissa, Curzola und Vestina bewilligt? (Großer Lärm.) Ich möchte auch wissen, ob die Regierung sicher ist, daß unsere Verbündeten bis zur Erreichung des Endresultats organisch miteinander verbunden bleiben werden, denn im Schoße der Entente gibt es drei Interessen und Programme, die nur bis zu einem gewissen Punkte miteinander übereinstimmen. Das erste gemeinsame Interesse ist das der kleinen Völker,

die die Räumung ihres Territoriums erstreben. Aber erst neulich hat der Abgeordnete Dutwaith im englischen Unterhaus gesagt, wenn es jemals der Entente gelingen sollte, Deutschlands Herr zu werden und es aus Belgien zu verdrängen, so wäre dies erst dann möglich, wenn ganz Belgien, Sans um Haus, Dorf um Dorf, Stadt um Stadt, erobert und das friedliche Belgien somit in einen Kirchhof verwandelt worden wäre. Ob wohl die Belgier mit solch einem Plane einverstanden wären? (Große Bewegung.) Das zweite Interesse ist das jener Länder, die durch Einberleiung der unier fremder Herrschaft befindlichen Sprachgebiete ihren nationalen Ausbau erstreben. Das dritte Interesse endlich ist das der imperialistischen Politik. Diese drei Interessen mögen wohl eine Zeitlang zusammengehen können, aber eines Tages werden sie sich trennen. Wer möchte zum Beispiel den Belgiern die Rückkehr zu Haus und Hof verzögern, bloß weil das dem Programme Englands widerspricht? (Stürmischer Beifall der Sozialisten.) Treves fährt fort, indem er an Sonninos Wort von der einheitlichen Front und den einheitlichen Kampfmitteln erinnert. Bedeutet diese Formel Sonninos vielleicht eine Verpflichtung zum Kriege gegen Deutschland, oder bedeutet sie nur eine rednerische Floskel? Aber vielleicht hat Sonnino uns wirtschaftliche Geschenke aus Paris mitgebracht? Nur ist seit der Wäschekurz selber nicht gesunken und trotz der englischen Versprechungen sind die Frachten um keinen Heller billiger geworden. Dafür will man uns in den Handelskrieg gegen Deutschland hineinziehen, der dem politischen Kriege folgen soll. Hoffentlich wird Sonnino ohne vorherige Einwilligung des Parlaments keine Verpflichtung hierüber eingehen. Das auf Einfuhr von Handarbeiten angewiesene Italien kann auf die Wohlthat der friedlichen Konkurrenz seiner Lieferanten nicht verzichten. Unser ackerbaureibendes Land darf nicht der Sklave eines Monopols werden. Denn der Handelskrieg gegen Deutschland würde in Wahrheit gegen die italienischen Konsumenten geführt. Wie kann man endlich den dauernden europäischen Frieden schaffen, wenn die Völker in zwei wirtschaftlich getrennte Lager geschieden werden? Treves schließt mit dem heißen Wunsche, daß Italien für die Sache des Friedens arbeiten möge, wozu das Land durch die Tatsache, daß es mit Deutschland nicht im Kriege liege, befähigt sei. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Die Wehrpflichtfrage in England verschoben.

London, 18. April. (W. L. B.) Neutermeldung. Amtlich wird mitgeteilt, daß Asquith die für heute versprochene Erklärung im Unterhaus verschoben hat. Das Kabinett erwartet offenbar einen weiteren Bericht über die Möglichkeit, die von den Militärbehörden verlangten Mannschaften aufzutreiben. Es wird nicht geleugnet, daß im Kabinett Meinungsverschiedenheiten über die Dienstpflichtfrage bestehen, aber bis jetzt ist es zu keinem Rückschritt gekommen. Alle Parteien haben den aufrichtigen Wunsch, die nationale Einheit zu erhalten.

Russische Friedenswünsche.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichten bulgarische Blätter den Wortlaut der Eingabe von Mitgliedern der Reichs Duma, die durch den Abgeordneten von Kiew in der Duma verlesen wurde. Dieses Schriftstück, das große Sensation erregt hat, schließt: „Wir haben lange die Zweckmäßigkeit des Krieges erwogen und können nicht mit gutem Gewissen sagen, daß das Volk die Fortsetzung des Krieges wünscht. Wir sind nicht ermüdet, aber der frühere Enthusiasmus ist nicht mehr vorhanden. Wir sind weit entfernt, die deutschen Wünsche ergehen zu erfüllen, aber wir weisen nicht die Möglichkeit einer freundschaftlichen Verständigung zurück, sobald sie sich als Notwendigkeit erweist. Wenn nicht die feste Zuversicht auf einen völligen Sieg vorhanden ist, ist es die Pflicht der Staatsmänner, die Geduld des Volkes nicht weiter auf eine harte Probe zu stellen.“

Reform des Münzwesens in der Türkei.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Um dem regellosen Zustand, der eine Folge des Unterschiedes des Kurtes des Goldes und des Silbermünzgelbes ist, ein Ende zu machen und den Geldspekulationen vorzubeugen, hat die Regierung den Beschluß gefaßt, eine bedeutende Münzreform einzuführen, die seit langer Zeit den Gegenstand eingehender Studien bildete und jüngst im Staatsrat und in einem Ausschuss sachkundiger Persönlichkeiten erörtert wurde. Sie soll nunmehr im Verordnungswege verwirklicht werden. Das bezügliche Gesetz wird demnächst veröffentlicht werden. Danach wird die Goldwährung auf der Grundlage des Dezimalsystems eingeführt, mit der einzigen Unterabteilung in Piaster, wobei ein Pfund immer und überall einen Kurswert von 100 Piastern besitzen soll. Der Kursunterschied zwischen Gold- und Silbermünzen wird aufgehoben. Die Silber- und Nickelmünzen werden lediglich als Scheidemünzen beibehalten, indem Silbermünzen bis zum Betrag von 300 und Nickelmünzen bis zum Betrag von 50 Piastern angenommen werden müssen. Bisher galt das türkische Goldpfund 108 Silberpiaster in Konstantinopel, bis zu 135 Silberpiaster in der Provinz und wurde von den staatlichen Zahlungsstellen zum Werte von 102,50 Silberpiastern angenommen. Der Silbermedschidie galt 20 Silberpiaster, bei staatlichen Zahlungsstellen 19 Silberpiaster. Im inzwischen die Schwierigkeiten zu beheben, die sich daraus ergeben, daß nicht genügend Scheidemünzen im Umlauf ist, und die sich besonders im Kursunterschied des Papiergeldes bemerkbar machen, veröffentlicht das Amtsblatt eine Gesetzverordnung, womit die Ermächtigung erteilt wird, 100 000 alte Pfund zehnjährige Münzen, die gegen Nickel umgetauscht werden sollten, wieder in Umlauf zu setzen und für einen Betrag von 500 000 Pfd. neue Münzen, zu drei Viertel Kupfer, zu einem Viertel Nickel, zu prägen.

Der mexikanisch-amerikanische Konflikt.

Amsterdam, 18. April. (W. L. B.) „Times“ erfährt aus Washington: Nach Berichten aus Mexiko ist der Leichnam Villas ausgegraben worden. Wahrgeliebte Personen in Amerika erklären, daß die Truppen der Vereinigten Staaten, wenn sich die Nachricht von Villas Tode bestätigen sollte, sofort zurückgezogen werden würden. Der Bericht, daß Truppen Carranzas vorige Woche die amerikanische Kavallerie in Parral angegriffen habe, hat die Freude über Villas Tod getrübt. Es sind verschiedene Anzeichen dafür vorhanden, daß die auführerische Bewegung mit Felix Diaz an der Spitze einen ernsthaften Charakter annehmen wird. Wie verlautet, soll Diaz von der lichtsichtigen Partei und den konservativen unterstützt werden.

Politische Uebersicht.

Der „Ansin“ des Frauenwahlrechts.

Die konservative Presse reitet fortgesetzt auf dem Argument herum, daß das allgemeine, freie, direkte Wahlrecht nicht als „Belohnung“ für die Kriegsoffer beansprucht werden dürfe. Diesen Gedanken sucht jetzt eine hochkonservative Dame in der „Kreuz-Zeitung“ auch der Forderung des Frauenwahlrechts entgegen zu halten. Frau Dr. von Behr-Sinnow kann nicht leugnen, daß „viele Frauen jetzt ein bis zwei Jahre gut oder leidlich Männerarbeit leisten“ und auf zahlreichen Gebieten des Wirtschaftslebens unentbehrlich geworden sind. Aber von der Notwendigkeit, aus dieser Mitarbeit die politischen Folgerungen zu ziehen, will sie nichts wissen. Als „Gegengabe“ hält Frau von Behr nur eine bessere Schulbildung für möglich:

Man reiche den Frauen, überhaupt dem weiblichen Geschlecht als Gegengabe eine Aus- und Fortbildung, die ihrem Können und Vermögen entspricht, aber nicht durch Erfüllung der Forderung eines sogenannten Dienstjahres (sprich Zernjahres), sondern durch Ausbau der Schulbildung, besonders in bezug auf Haushalt sowie Kinderpflege und Ernährungsunterricht. Von Entlohnungen für wirtschaftliche Mithilfe während des Krieges sehe man aber ab und mache vor allen Dingen einen diesen Strich durch alle und jede Wahlrechtsforderung. Wohl wird hin und wieder auch eine Frau, übrigens auch mancher zu Hause gebliebener Mann, die wirtschaftliche Mitarbeit im Kriege mit dem Leben bezahlen und viele werden dauernde Gesundheits-schädigungen erleiden, aber ist das etwa mit der Gefahr und den Schädigungen der Krieger zu vergleichen, und was sollten etwa die Krieger für eine Belohnung erhalten, wenn die Heimkrieglerinnen mit dem Wahlrecht belohnt werden? Fort mit dem Ansin! Wenn die Stunde der Gefahr für das Vaterland schlägt, greifen alle zu, jeder und jede, und wer dafür nach Belohnung schreit, der denkt nicht deutsch.“

Die Krieger verlangen ebenso wie die Heimkrieglerinnen das Reichstagswahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften nicht als Belohnung, sondern als selbstverständliches Recht. Gerade, um die mit der Frauenarbeit verbundenen Schädigungen zu beseitigen, auf die Frau v. Behr selbst hinweist, ist die Gewährung politischer Rechte auch an die Frau notwendig. Denn solange nicht alle erwachsenen Erwerbstätigen selbst die Möglichkeit haben, ihre Interessen politisch wahrzunehmen, wird es an der Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen fehlen.

Wichtige Bundesratsbeschlüsse.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Einfuhr von Zigaretten, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Seilen, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Einfuhr von Eiern, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver und der Entwurf einer Bekanntmachung über die Todeserklärung Kriegsverfollener.

Krieg und Zeitungsgewerbe.

Die Errichtung einer amtlichen Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe steht, wie der „Verl. Lokalanz.“ hört, in naher Aussicht. Das unter die Aufsicht des Reiches gestellte Organ soll die Schwierigkeiten, mit denen Zeitungserleger und Drudereien infolge der Rückwirkung des Krieges auf ihre Betriebe sich auseinander zu setzen haben, durch staatliche Maßnahmen zu beseitigen bemüht sein. In erster Reihe wird es sich hierbei darum handeln, auf eine ausgiebige Versorgung der Drudereien mit Druckpapier achtzugeben. Demgemäß wird für die Papierfabriken auf die Beschaffung der erforderlichen Zellulose und anderer Rohstoffe Bedacht zu nehmen sein. Nächstdem wird die Verwendung des Druckpapiers insofern geregelt werden müssen, daß beim Anknappwerden der Vorräte der Bedarf der Drudereien gleichmäßig befriedigt werden kann. Falls sich ergibt, daß die Menge verfügbaren Druckpapiers nicht mehr ausreicht, so werden Einschränkungen des Verbrauchs sich nicht vermeiden lassen. Zu diesem Zwecke könnte die Gründung neuer Zeitungen und Zeitschriften untersagt, die Verringerung des Umfangs der bestehenden Zeitungen angeordnet werden. Bevor jedoch solche Anordnungen ergehen, muß festgestellt werden, wie der Bedarf an Druckpapier zur Fabrikationsmenge sich verhält. Diese Ermittlungen werden eine wichtige Aufgabe der Kriegswirtschaftsstelle darstellen. Sie soll im übrigen die Interessen der Papierindustrie und die Bedürfnisse der Drudereien erforschen und in Einklang bringen.

Amtlich. Durch Beschluß des Bundesrats vom 18. April 1916 ist der Reichsminister ermächtigt worden, Maßnahmen zu treffen, um während des Krieges die Versorgung der Zeitungen, Zeitschriften und anderen periodisch erscheinenden Druckschriften mit Druckpapier sicherzustellen und den Verbrauch von Druckpapier zu regeln. Der Reichsminister ist insbesondere ermächtigt: Erhebungen über die zur Herstellung von Druckpapier erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe sowie über die Vorräte von Druckpapier und den Verbrauch anzuordnen und Bestimmungen über Lieferung, Bezug und Verbrauch von Druckpapier zu treffen. Er kann die Durchführung dieser Maßnahmen einer oder mehreren unter seiner Aufsicht stehenden Kriegsgesellschaften übertragen und zur Deckung der entstehenden Verwaltungskosten den Verbrauchern von Druckpapier Beiträge auferlegen.

Todeserklärung.

Amtlich. Berlin, 18. April. (W. L. B.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den Erlaß einer Verordnung beschlossen, die die Todeserklärung der in dem gegenwärtigen Kriege verfallenen Kriegsteilnehmer im Anschluß an die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs regelt. Die Todeserklärung kann beantragt werden, wenn von dem Leben des Verfallenen ein Jahr lang keine Nachricht eingegangen ist. Unter dieser Voraussetzung ist sie schon während des Krieges zulässig. Das Verfahren richtet sich nach der Zivilprozessordnung, deren Vorschriften in einigen Punkten ergänzt werden, wobei neben einer zweifachen Vereinfachung auf eine Vereinfachung der Bürgerschaften für eine richtige Entscheidung Bedacht genommen ist.

Kaffeeböden gestattet?

Der Kriegsaussschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin W 9, Vellewstr. 14, teilt folgendes mit: Das Verbot, Koffkaffee zu rösten, das gleichzeitig mit der Kaffeebestandsaufnahme erfolgte, wird hierdurch für Haushaltungen, die sich zurzeit im Besitz von Koffkaffee befinden, insoweit aufgehoben, als das Rösten von Koffkaffeemengen bis zu 10 Kilogramm gestattet wird.

Auch ein Urteil!

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, wie immer sachverständig: „Zu der häuslichen Fehde in der Sozialdemokratie mag in Kürze notiert sein, daß die „Berliner“ jetzt nacheinander in zweierlei neuer Vermittlung aufgetreten sind, um der Mehrheit der Partei und dem Parteivorstand Angst vor ihrer gewaltigen Zahl zu machen. Sie haben jetzt dreifach als Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgebung und viertens als Prekominmission das Wort ergriffen und für die mentereiflerie „Vormärts“-Schriftleitung geredet. Natürlich befaßt das gar nichts. Daß in Berlin und etlichen anderen Industriezentren die Radikalität eine Mehrheit haben, wußte man ja längst und zur Genüge. Daß die Berliner Mehrheit sich nun als Zentralvorstand oder als Pressekommission oder als sonst etwas verummant, um ein drittes, viertes, fünftes, sechstes Mal ihr Sprüchlein zu sagen, so sind's doch immer dieselben „Berliner“, die man zur Genüge kennt. Die Feldschützen stehen lässig durch jede Löwenhaut. Wie wenig die „Berliner“ mit ihren Unentwegtheiten gegen die Mehrheit und den Parteivorstand die bei den Genossen im Lande und Reich herrschende Stimmung treffen, das beweisen am besten die Kundgebungen von Organisationen aus allen Landesteilen, die sich immer wieder gegen die achtzehn Hasen und ihre Unterwählung der Partei richten und die der „Vormärts“ Tag für Tag abdrucken muß, ohne ihnen durch seine krampfhaften neuen Variationen auf die alte Berliner Weise ein einigermaßen statliches Gegengewicht geben zu können.“

Die Landwirte dürfen nicht benrührt werden!

Die „Deutsche Tagesztg.“ wendet sich gegen das Verbot der Hausfleischschlachtungen auf dem Lande. Soweit das Verbot die Städte trifft, hat sie nichts dagegen einzuwenden. Dagegen schreibt sie: „Zu befrachten ist, daß alle Hinweise auf die vorübergehende Natur der Verbote die wünschenswerte Verhütung der Landbevölkerung doch nicht erreichen, da durch manche wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Lande nachgerade ein Gefühl der Unsicherheit, um es milde zu bezeichnen, entstanden ist, mit welchem schließlich gerechnet werden muß, namentlich bei den kleinen Leuten. Es ist also deshalb doch dringend wünschenswert, daß die Verbote baldigt zur Aufhebung gelangen! Aber ebenso wünschenswert, ja, schließlich notwendig erscheint und die schleunige Zulassung von Ausnahmen, vor allem dort, wo die Möglichkeit, sich Fleisch aus der Stadt zu besorgen, wegen weiter Entfernung wegfällt, und überhaupt für alle Fälle, in denen ein dringender Bedarf nachzuweisen ist.“ Die Aufhebung des Verbots der Hausfleischschlachtungen ist unmöglich, weil die Landbevölkerung erfahrungsgemäß ziemlich allseits reich mit Fleischvorräten versehen ist. Die Aufhebung des Verbots würde nur die Fleischlieferung an die städtische Bevölkerung noch mehr einschränken.

Ein Branntwein-Kriegsmonopol.

Die Organisation unserer Kriegswirtschaft erfährt immer weitere Kreise. Nun legt das Reich die Hand auch auf den Branntwein. Eine Bundesratsverordnung vom 15. April bringt die Einrichtung einer Reichsbranntweinstelle und zugleich ein Abzugsmonopol für Branntwein. Dieses Monopol wird der Spirituszentrale verliehen, die bekanntlich bereits in Friedenszeiten etwa 90 Proz. der deutschen Branntweinerzeugung kontrollierte.

Die Notwendigkeit, auch den Branntwein einheitlich für das Reichsgebiet zu bewirtschaften, ergab sich aus der Tatsache, daß trotz der Einschränkung der Feinbranntweinerzeugung der Verbrauch von Branntwein erheblich zugenommen hat. Es galt auch hier wieder, zunächst den Bedarf für Heer und Marine sicherzustellen.

Die neugeschaffene Reichsbranntweinstelle ist eine unter Aufsicht des Reichsfinanzlers stehende Behörde, die insbesondere bestimmt, für welche Zwecke und in welchen Mengen Branntwein verwendet werden kann, für welche anderen Zwecke die Verwendung zu beschränken oder ganz einzustellen ist usw. Der Reichsbranntweinstelle wird ein Beirat beigegeben, der aus Regierungsvertretern und aus Vertretern der hauptsächlichsten Gewerbe, also neben Vertretern der Branntweinerzeugenden Industrie auch solchen der Effigfabriken, der chemischen Industrie und des Destillationsgewerbes bestehen soll. Der Beirat soll über alle grundsätzlichen Fragen gehört werden, also namentlich über den Verwendungszweck, über den Umfang des Abzuges und über die bei der Festlegung zu beobachtenden Grundsätze. Das neue Abzugsmonopol bedingt, daß sämtliche Brenner, auch die außerhalb des Vertriebsverbandes deutscher Spiritusfabriken bestehenden, zur Ablieferung ihrer Erzeugung an die Spirituszentrale verpflichtet werden. Der Schatz der bisherigen Abnehmer liegt darin, daß sie mit den angebotenen Brennern durchaus gleich behandelt werden sollen. Ausgenommen von der Abzugspflicht ist insbesondere unverdammter Kognak, Obstbranntwein und anderer Branntwein, der ausschließlich aus den in § 12 des Branntweingesetzes genannten Stoffen hergestellt ist. Außerdem unterliegen die Kleinbrennereien der Ablieferungspflicht nur insoweit, als ihre Jahreserzeugung mehr als 10 Hektoliter Alkohol beträgt. Das Monopol ergreift die Bestände an unversäuertem und an versäuertem Branntwein, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er verarbeiteter ist oder nicht. Es sind aber Mengen von versäuertem oder verkoktem Branntwein, die nicht mehr als 10 Hektoliter betragen, ausgenommen. Damit keine Störung in der Versorgung eintritt, ist vorgesehen, daß Branntweinbestände bis zu einem bestimmten Zeitpunkt noch unvollständig vergällt werden können. Bestände von vollständig vergälltem Branntwein sind wiederum von der Verordnung gänzlich ausgenommen.

Der Preis und zwar sowohl der Uebernahme, wie der Verkaufspreis wird im allgemeinen von der Spirituszentrale mit Genehmigung der Reichsbranntweinstelle festgelegt. Die Verordnung erweitert sogar das dem Gesamtaussschuß der Spirituszentrale bisher zustehende Bestimmungsrecht insoweit, als auch besondere Arten von Branntwein und Brennereien berücksichtigt werden können. Auch für Branntwein, der in bestimmten Zeiträumen abgelehrt wird, kann der Preis besonders bemessen werden. Für einzelne Fälle — dabei ist insbesondere an Kornbranntwein gedacht — ist ein vereinfachtes Preisfestsetzungsverfahren vorgesehen, wobei der Vorsitzende der Reichsbranntweinstelle endgültig entscheidet.

Aus dem Ausland eingeführter Branntwein ist ebenfalls an die Spirituszentrale abzuliefern. (W. L. B.)

Keine Einberufung des Reichsrates.

Aus Wien wird gemeldet: In der letzten Sitzung des Deutschen Nationalverbandes teilte Abgeordneter Dr. Groß mit, daß Ministerpräsident Graf Stürgkh den bei ihm erschienenen Vorstandsmittgliedern erklärt habe, die Regierung könne die vom Nationalverband gewünschte Einberufung des Parlaments derzeit nicht ins Auge fassen, weil die Voraussetzungen für einen ungehinderten Fortgang der parlamentarischen Arbeiten nicht gegeben seien.

Oesterreich bleibt also noch wie vor der einzige europäische Großstaat, der in Kriegzeiten völlig auf die Mitarbeit des Parlaments verzichtet.

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 18. April. (W. L. B.) Heeresbericht aus Mesopotamien. General Lake meldet: Letzte Nacht wurde am rechten (südlichen) Ufer des Tigris eine Reihe heftiger Gegenangriffe unternommen. Unsere Linien wurden an einzelnen Stellen 500 bis 800 Yards zurückgedrängt.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Metallarbeiter im Jahre 1915.

Von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes erhalten wir folgenden Bericht:

Eine kürzlich stattgehabte Jahresgeneralversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm Stellung zu dem Jahresbericht der Ortsverwaltung für das Jahr 1915. Der Bericht lag gedruckt vor.

Der erste Bevollmächtigte Cohen bemerkte dazu, daß dieser Bericht völlig unter dem Zeichen des Krieges stehe. Bei Kriegsbeginn hatte die Verwaltungsstelle über 80 000 Mitglieder und am Jahresabschluss 1915 51 775. Wenn aber die Eingezogenen eingerechnet würden, sei eine beträchtliche Vermehrung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder habe sich von ca. 7000 auf 9053 erhöht.

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse haben Einrichtungen veranlaßt, wie den Kriegsausschuß und die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die nicht in allen Punkten den vollen Beifall der Mitglieder gefunden haben. Aber man dürfe doch nicht vergessen, daß der Kriegsausschuß eine Einrichtung sei, die dem willkürlichen Willen der Unternehmer mit dem sogenannten Kriegsschein entgegenzetreten solle.

Die Verwaltung habe sich bemüht, den Wünschen der Mitglieder in dieser Beziehung das größte Entgegenkommen zu zeigen, wenn auch nicht immer mit Erfolg. Die Bemühungen der Verwaltung, die Metallarbeiten nicht nur für einen Betrieb, sondern überhaupt für Heeresarbeiten durchzuführen, zeitigten keinen Erfolg.

Soweit bisher Erfahrungen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge, insbesondere der Unterbringung der Kriegsbeschädigten vorliegen, seien sie durchaus befriedigend. Durch die eingerichtete Geschäftsstelle seien bis Ende Dezember 402 Kriegsbeschädigte vermittelt worden in Stellungen, die ihren Fähigkeiten entsprechen. Bisher ist irgendeine Klage der Kriegsbeschädigten noch nicht eingelaufen. Es liege im Interesse der Kriegsbeschädigten, sich lediglich durch die Geschäftsstelle, Schlegelstr. 2, in Arbeit bringen zu lassen, nicht etwa unter der Hand sich Arbeit zu beschaffen.

Die Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Kriegsteilnehmer habe zur Aufrollung der Arbeitsnachweisfrage überhaupt geführt und das Ergebnis gehabt, daß eine Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg geschaffen worden sei, deren Tätigkeit die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für zurückkehrende Kriegsteilnehmer sein solle. In erster Linie sei es Pflicht des Staates und der Gemeinden, für die Unterbringung der heimkehrenden arbeitslosen Kriegsteilnehmer zu sorgen, jedoch werden sich natürlich die gewerkschaftlichen Organisationen auch der Heimkehrenden annehmen. Unser Verband hat auf dem letzten Verbandstage beschlossen, die heimkehrenden Kriegsteilnehmer, die nicht sofort Arbeit erhalten, vom ersten Tage an ohne Karenzzeit zu unterstützen.

In vielen Fällen wird die Unterbringung mit Schwierigkeiten verknüpft sein, da die von den Männern verlassenen Arbeitsplätze jetzt von Frauen besetzt sind. Die Frauenerwerbstätigkeit hat in der Metallindustrie bedeutend an Ausdehnung gewonnen. Die Aufhebung der Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche ist eine Maßnahme, die uns nicht gerechtfertigt erscheint, denn ein Mangel an weiblichen Arbeitskräften ist bis auf den heutigen Tag nicht zu verzeichnen. Leider sind unsere Bemühungen, die Schutzbestimmungen wieder in Kraft treten zu lassen, ohne Erfolg gewesen.

Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben der Metallindustrie Berlins haben 121 Lohnbewegungen mit 78 945 Beteiligten stattgefunden, ein Beweis, daß der Metallarbeiterverband während der schweren Zeit des Krieges seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan habe.

Die finanzielle Lage der Verwaltungsstelle ist als überaus günstig zu bezeichnen. So war es möglich, dem Hauptvorstand 1 229 761 M. zu überreichen, während im Vorjahre nur 100 000 M. überwiesen werden konnten. An Renaufnahmen waren 37 165 zu

verzeichnen, und zwar 22 040 männliche, 14 541 weibliche und 584 jugendliche Mitglieder.

Die Hauptkasse balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 1 818 376 M., die Lokalkasse mit 2 475 355 M. Der Kassenbestand erhöhte sich von 1 066 880 M. auf 1 955 522 M.

Die Diskussion über den Jahresbericht war eine äußerst rege. Insbesondere wurde Klage geführt über schlechte Entlohnung und Behandlung der weiblichen Arbeitskräfte in der A. E. G.

In längeren Ausführungen lobte Richard Müller Kritik an der Tätigkeit der Ortsverwaltung. Der Kriegsausschuß habe sich in einer Weise entwickelt, die den schärfsten Protest der Mitglieder heraufzufordern müsse. Er sei der Auffassung, daß die Einrichtung keinerlei Vorteil für die Mitglieder gebracht habe. Er sei der Ansicht, daß diese Einrichtung ein Hemmschuh für die Mitglieder sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Unsere Vertreter scheinen dabei mehr Entgegenkommen gezeigt zu haben, als es notwendig gewesen wäre. Jedenfalls habe der Kriegsausschuß bei einem großen Teil der Mitglieder keinerlei Vertrauen, so daß die Kollegen sehr oft zum selbständigen Vorgehen veranlaßt worden seien. Die Vesteiligung der Kriegsbeschädigten sei durchaus erwünscht.

Auch die Unterbringung der Kriegsbeschädigten sei nicht zufriedenstellend. Die Abmachungen darüber bieten keine Gewähr, daß der Kriegsbeschädigte nicht zum Lohnbrüder wird. Die Kriegsbeschädigten sind vielmehr der Willkür der Unternehmer ausgeliefert.

Die Erledigung der Arbeitsnachweisfrage sei zufriedenstellend, was allerdings von dem Bericht über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen nicht gesagt werden könne. Die Verwaltung habe die Pflicht gehabt, der schrankenlosen Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft mehr entgegenzutreten, und zwar mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, und wenn trotzdem Erfolge nicht zu verzeichnen gewesen wären, dann hätte man auch den Weg in die Öffentlichkeit nicht scheuen dürfen.

In längeren Ausführungen beschäftigte sich dann Kollege Müller mit dem „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, indem er erklärte, daß das „Correspondenzblatt“ seine Pflicht als gewerkschaftliches Zentralorgan nicht richtig erfüllt habe. Er sei der Auffassung, daß das „Correspondenzblatt“ besser getan hätte, sich in den politischen Streit der Meinungen nicht einzumischen. Das Gleiche müsse er auch von der „Metallarbeiterzeitung“ sagen. Insbesondere ein Artikel über die neuen Kriegsteuerungen könne seine Zustimmung nicht finden. Er müsse sich wundern, daß in einem Arbeiterblatt derartige Ausführungen möglich seien.

Von Müller werden zwei Resolutionen eingebracht, von denen eine sich gegen die Schreibweise des „Correspondenzblattes“ wendet und in ihrem letzten Absatz das Debattieren zum Ausdruck bringt, daß der erste Bevollmächtigte Kollege Cohen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehöre, die sich im Streit der Meinungen genau so schuldig gemacht habe, wie das „Correspondenzblatt“. Die zweite Resolution beschäftigt sich mit der Schreibweise der „Metallarbeiterzeitung“ und spricht auch da ihre Mißbilligung aus.

In der weiteren Diskussion über den Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung wurde von einigen Mitgliedern ausgesprochen, daß sie mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung einverstanden seien. Mehr herauszuholen sei unter den obwaltenden Umständen nicht möglich gewesen.

Es werden dann weiter einige Beschwerden vorgebracht über Fälle, wo die Ortsverwaltung bei Durchdringung von Feuerungszulagen und Lohnbewegungen die Mitglieder nicht in dem Maße unterstützt habe, wie es notwendig gewesen wäre.

Ein von Lof eingebraachter Antrag verlangt, daß die Ortsverwaltung Maßnahmen treffen solle, um die durch die Einrichtung des Kriegsscheins aufgehobene Freizügigkeit für den Arbeitswechsel wieder herzustellen und auch insbesondere die Schutzbestimmungen für Weibliche und Jugendliche wieder in Kraft zu setzen.

In seinem Schlusswort wies Cohen die vorgebrachte Beschwerde zurück. Die Verwaltung wäre sich von vornherein klar gewesen, daß ihre Tätigkeit nicht den vollen Beifall der Mitglieder finden würde, aber man dürfe doch nicht vergessen, daß wir uns in einer außerordentlich schwierigen Zeit befinden, und wenn Mit-

heiligkeit eingetreten seien, die durchaus als nicht erfreuliche bezeichnet werden müssen, so sei doch auf die Zeitverhältnisse zurückzuführen. Wir haben die Einrichtung des Kriegsausschusses nicht gewünscht, aber sie ist eine Folgeerscheinung der Einführung des Kriegsscheins, den wir nicht verhindern konnten. Wenn bei dieser Einrichtung auch nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen seien, so ist doch fast immer eine Verständigung herbeigeführt worden. Auch die Kriegsbeschädigtenfürsorge konnte von uns wirklich nicht besser durchgeführt werden, als es geschehen ist.

Auch Cohen ist der Auffassung, daß von den gewerkschaftlichen Versammlungen die politischen Streitigkeiten unter allen Umständen ferngehalten werden müssen. Im übrigen aber befreit er der Generalversammlung das Recht, eine Resolution anzunehmen, die die Mißbilligung ausdrückt gegenüber seiner Tätigkeit innerhalb der Generalkommission. Er sei vom Gewerkschaftskongress in die Generalkommission gewählt worden, und wenn die Mehrheit von einer Vertretung des Metallarbeiterverbandes bezw. der Metallindustrie gesprochen werden kann, so umfaßt das doch den Gesamtverband und nicht nur die Verwaltungsstelle Berlin.

Schließlich lief noch eine Resolution Haback ein, die den Mitgliedern zur Pflicht macht, sich in den Sitzungen und Versammlungen nicht mit den politischen Streitfragen zu beschäftigen.

In der Abstimmung wird die Resolution Müller, die sich mit dem Verhalten der „Metallarbeiterzeitung“ beschäftigt, gegen wenige Stimmen angenommen. In der gleichen Abstimmung auch die Resolution Müller, soweit sie sich mit der Schreibweise des „Correspondenzblattes“ und der Generalkommission beschäftigt. Der gegen den Kollegen Cohen gerichtete Absatz der Resolution gelangte trotz des Protestes des Kollegen Cohen mit geringer Mehrheit zur Annahme. Die Resolution Haback wurde nahezu einstimmig angenommen.

Der Antrag Lof wird nicht zur Abstimmung gebracht, da er nicht dem Ortsstatut entsprechend fristgemäß eingereicht ist.

Zur Neuwahl des ersten Bevollmächtigten wird Kollege Cohen wieder in Vorschlag gebracht. Ueber diesen Vorschlag entspinnt sich eine längere Diskussion. In der Abstimmung wird dann der Kollege Cohen gegen wenige Stimmen zum ersten Bevollmächtigten wiedergewählt.

Zum zweiten Kassierer wird Kollege Karl Schmidt, als Revisoren werden die Kollegen Albert Dräger und Hermann Gries wiedergewählt, während als Beisitzer für die auscheidenden Kollegen Stricker und Ismer, die eine Wiederwahl ablehnen, die Kollegen Gustav Müller und Oscar Ruch gewählt werden.

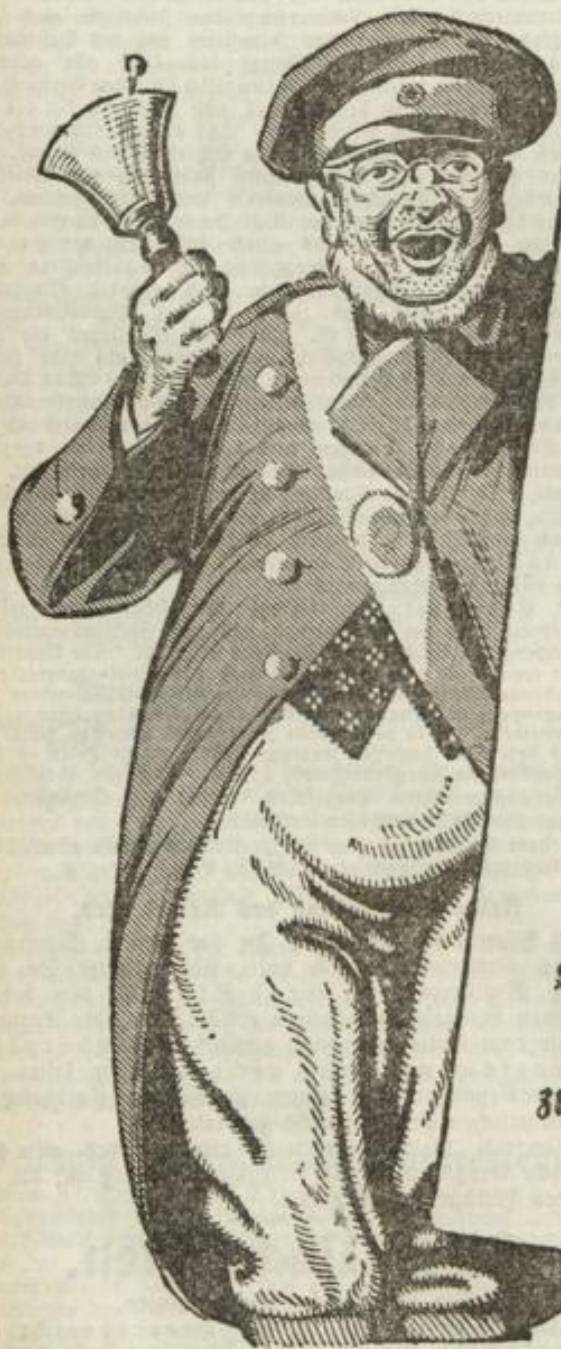
Die Gehaltsbewegung der A. E. G.-Angestellten.

Die von den vereinigten Angestelltenverbänden eingesetzte Kommission hat in der vergangenen Woche ihre Beratungen fortgesetzt. Die inzwischen gemachten eingehenden Erhebungen über die Einkommensverhältnisse in den A. E. G.-Betrieben haben erneut bestätigt, daß eine unhaltbare Spannung zwischen den gegenwärtigen Lebenslosten und den Gehältern des A. E. G.-Personals eingetreten ist, die eine durchgreifende Neuregelung der Gehaltsfrage erforderlich macht.

Die vereinigten Organisationen, die nach dem neuerdings noch erfolgten Anschlag des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes alle einschlägigen Berufsverbände der Handlungsgehilfen, Bureauangestellten, Techniker und Werkmeister reiflos umfassen, vertreten auch nachdrücklich die Auffassung, daß sie sich in Wahrung des Organisationsrechts der Privatangestellten auf keinen Fall von einer Firmenleitung auf die Dauer als Verhandlungsfaktor ausschalten lassen können. Die A. E. G.-Angestellten werden zu der durch die ablehnende Antwort der Direktion geschaffenen Lage in einer Betriebsversammlung Stellung nehmen. Die Fraktionen des Reichstags und hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind zu der Versammlung besonders eingeladen worden.

Feuerungszulagen im Berliner Baugewerbe.

Der Verband der Baugeschäfte hat den Bedingungen für die Gewährung von Feuerungszulagen im Berliner Baugewerbe nun ebenfalls zugestimmt. Damit sind diese mit rückwirkender Kraft vom 15. April ab gültig und bei der nächsten Lohnzahlung bereits zu zahlen.



Eine Bitte!

Der beispiellose Andrang in unseren Geschäften am vergangenen Sonnabend und Palmsonntag haben es uns einfach unmöglich gemacht, trotz größter Anstrengung unsere Kundschaft mit der erforderlichen Aufmerksamkeit zu bedienen.

Wir danken Ihnen für das uns erneut so reichlich bewiesene Vertrauen, bitten Sie aber nochmals, im Interesse einer sorgfamen Bedienung namentlich in den wenigen Tagen vor Ostern nach Möglichkeit die Vormittagsstunden zum Einkauf bei uns zu benutzen



Rönigstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseest. 113
Beim Sietliner Bahnhof
Sonntags geschlossen

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Reaktionspaltung.

In einer Besprechung des Vorstandes und der Vertrauensleute von Neuhj. L., die von 75 Personen besucht war, wurde zu den Parteifreitragenden Stellung genommen. Nach langer Aussprache wurde folgende Resolution angenommen:

Die Konferenz ist mit der Haltung ihres Vertreters im Reichstage, Genossen Wurm, einverstanden. Sie wiederholt ihren Beschluß vom 16. Januar d. J., daß der Widerstand der Reichstagsfraktion das Recht zusteht, ihre Meinung im Reichstage zum Ausdruck zu bringen, und erklärt, daß das Vorgehen der Widerheit, die sich zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hat, durch das Verhalten der Mehrheit erzungen wurde und ein Akt unvermeidlicher Notwehr war.

Die Konferenz erwartet von den Parteigenossen, daß sie nach wie vor treu zur Parteiorganisation halten und die endgültige Entscheidung über die Streitfragen dem Parteitag überlassen.

Wieder eine Ente zerstört.

Genosse Haase schreibt der „Dresdener Volkszeitung“: Die Nachricht, daß mein Sohn mit meiner Genehmigung Kriegsfreiwilliger geworden sei, ist unrichtig. Mein Sohn war im August 1914 militär- und gesetzungsplüchtig. Sein Eintritt in das Heer hing nicht von meinem Willen oder von meiner Genehmigung ab.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.

Dem Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr, dessen wichtigste Zahlen von uns bereits veröffentlicht wurden, entnehmen wir folgende Ausführungen: „Unsere, wie die uns nahestehenden Werke waren bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt; der Umsatz hat infolgedessen ein Vielfaches unseres Aktienkapitals erreicht. Der Reingewinn beläuft sich — nach Abschreibung aller im Berichtsjahre ausgeführten Anlagen sowie nach Rückstellung eines angemessenen Betrags für Kriegsgewinnsteuer — auf 12 487 781 M., einschließlich des vorjährigen Gewinnvortrages von 753 947 M. und gestattete uns, eine Dividende von 30 Proz. in Vorschlag zu bringen. Die wesentliche Vermehrung der Werte des Effekten-, Beteiligungs- und Hypothekentontos erklärt sich insbesondere durch unsere Beteiligung an der Zeichnung der Kriegsanleihe und durch die Uebernahme der Aktien aus der Kapitalvermehrung der Waffenfabrik Mauser. Die in den früheren Berichten erwähnten Rückstellungen auf ausländische Beteiligungen und Forderungen sowie für Lieferungsgarantien blieben unverändert. Sie sind gleich der Kriegsgewinnsteuerreserve in den Kreditoren enthalten. Die Debitoren entfallen unser Bankguthaben in Höhe von rund 16 800 000 M. Das Vermögen unserer Beamtenpensionskasse betrug am Ende des Jahres 1915 3 009 302 M. Von dem Wunsche geleitet, die Leistungen dieser Kasse denjenigen der staatlichen Einrichtungen anzupassen, beantragen wir die Genehmigung für eine einmalige Zuwendung von 800 000 M. an die Beamtenpensionskasse. Wir schlagen weiter vor, dem Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds, welcher sich Ende 1915 auf 1 488 850 M. belief und in der Folgezeit wesentlich stärkeren Anforderungen zu genügen haben wird, eine außerordentliche Zuwendung in Höhe von 400 000 M. zu machen. Für allgemeine Zwecke der Kriegsvorbereitung bitten wir, der Verwaltung einen Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung stellen zu wollen. In der Bilanz figurieren Aktiva: Grundstücke und Gebäude mit 7 769 108 M. (i. V. 5 888 395 M.), Effekten, Beteiligungen, Hypotheken 30 249 446 M. (i. V. 7 207 621 M.), Provisionen 2 984 120 M. (i. V. 2 223 860 M.), Debitoren 56 289 127 M. (i. V. 62 763 826 M.), Waare 711 433 M. (i. V. 1 536 518 M.), Fabrikationskonto (Vorräte) 14 779 220 M. (i. V. 8 621 851 M.), Passiva: Kreditoren 60 927 886 M. (i. V. 40 054 796 M.).“

Unter den Passiven, die mit über 60 Millionen angelegt sind, finden sich neben den Forderungen an die Gesellschaft auch die Kriegsgewinnsteuer rücklage und Rückstellungen auf ausländische Beteiligungen und Forderungen sowie für Lieferungsgarantien. Dadurch soll, wie wir gestern unter dem Titel „Versteckte Gewinne“ für die Daimler-Motoren-Gesellschaft ausführten, vor der Öffentlichkeit die Höhe der wirklichen Gewinne verheimlicht werden.

Erzlager in Serbien.

Die Deutsch-Bulgarische Vereinigung in Dresden schreibt uns: Die Bulgaren haben schon im alten serbischen Gebiet sorgfältige Untersuchungen nach verwertbaren Mineralien vorgenommen. So fanden sie große Kohlenlager zwischen der Plawa und dem Pel, also südlich von Borawara. Am Larian liegt das Dorf Dobra, bei dem sich eine Mine befindet, die jährlich etwa 25—30 Tausend Tonnen Kohle liefert. Eine weitere am Berg Witrofsch südlich von Zefia gelegene Mine besitzt, wie schon serbische Ingenieure festgestellt, ein Kohlenfeld von etwa dreißig Kilometer Länge. Bei Zetschar wird seit 25 Jahren eine Kohlenmine betrieben. Sie ist durch Bahn mit der an der Donau gelegenen Stadt Kladjebac verbunden, in der eine Zementfabrik arbeitet. Die Mine liefert jährlich 30—40 Tausend Tonnen Kohlen. Weiter finden sich solche in Kladjebac, die durch eine Förderbahn mit Zaitchar verbunden ist. Im Morabatale hat man in Zidike Kohlenzutege gefördert, freilich nur in geringem Maße. Dagegen schätzt man das Kohlenfeld von Mala Kaon Kela auf 3 Kilometer Ausdehnung und auf 5 Mill. Tonnen. Die Mine zu Sonich, 22 Kilometer von der Bahnlinie Belgrad-Sofia, fördert derzeit jährlich 120 000 Tonnen Kohle. Das Kohlenfeld von Aleginez, südlich von der Mureva, wird auf 6 Kilometer Ausdehnung geschätzt. Eine Bahn von 6 Kilometer Länge vereint es mit der Hauptlinie.

Aber Kohle ist nicht das einzige Bodenprodukt: besonders reich ist Serbin an Kupfer. Die Grube zu Bor hat sich bereits einen Namen gemacht. Unter bulgarischer Leitung stehend, gibt sie von jeder Tonne Kupfer außer Kupferkies 20—22 Gramm reines Gold. Die Grube Kula Dulkan umfaßt etwa 1,6 Millionen Tonnen mit 7 Proz. reinem Kupfer, die zu Waidau Pel geb. 1870—1903, 15 000 Tonnen, aus denen 4350 Tonnen reines Kupfer und 270 Gramm reines Silber gewonnen wurden. Weiter befindet sich in Studina, südlich von Kich Kupfer. Eisen wird im Gebirge von Kopaonik gefunden und ist auch sonst in Albanien nicht selten. Während im 16. Jahrhundert die Gruben von Brania und Blafina bekannt waren, ist jetzt der Betrieb überall eingestellt.

Während bisher nur die „Société Anonyme de Dobra“ und die „Société Industrielle Jerbe du Timok“ den Kohlenbau in rationaler Weise betrieben, wird nun wohl bald von bulgarischer Seite eine stärkere Ausnutzung der serbischen Bodenschätze in Angriff genommen werden, namentlich aber dann, wenn erst durch den Friedensschluß die Rechtsverhältnisse sich geklärt haben werden. Die Angaben, die dem offiziellen Blatt „Echo de Bulgarie“ entnommen sind, beziehen sich fast ausschließlich auf den südlichen Teil Albanien. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch der Westen noch allerlei Fundgruben beherbergt.

Auf die vierte Kriegsanleihe sind in der Berichtswache 673,6 Millionen Mark neu eingezahlt worden, wodurch die gesamte Einzahlung auf 7668 Millionen Mark gleich 70,6 Proz. des gezeichneten Betrags sich erhöht hat. Im Vergleich mit der neu ein-

gezählten Summe ist die neue Zinsanspruchnahme der Darlehensklassen für die Zwecke der vierten Kriegsanleihe geringfügig, im ganzen sind es 7,2 Millionen Mark, die die Darlehensklassen herzugeben hatten, so daß jetzt 146,9 Millionen Mark für die Zwecke der vierten Kriegsanleihe ausgeliehen sind. In der neuen Woche dürfte sich diese Zahl steigern, da bei den Pflichteinzahlungen eher als bei den freiwilligen Einzahlungen die Mitwirkung der Darlehensklassen in Anspruch genommen werden wird.

Aus Groß-Berlin.

Eingemeindung.

Die Nachricht, daß die Gemeindevertretungen von Pankow, Weißensee und Heinersdorf in ihrer nächsten Sitzung sich mit Anträgen beschäftigen wollen, die drei Vorortgemeinden zu einer Stadtgemeinde zusammen zu legen, hat das öffentliche Interesse erneut auf die Frage des Verhältnisses der Stadt Berlin zu den Vororten gelenkt. Schon in Friedenszeiten stellte es sich je länger je mehr heraus, daß der gegenwärtige Zustand der kommunalen Zerrissenheit Groß-Berlins nur zum Schaden des gesamten Groß-Berlins war. Eine Abhilfe tat dringend not. Der Weg ist ganz klar vorgezeichnet. Die Lösung kann nur in einer großzügigen Eingemeindung der Vororte nach Berlin liegen. Die Vorteile sind für alle Gemeinden so augenfällig, daß es ganz unverständlich ist, den bisherigen Zustand zum Schaden der Gemeinden zu verewigen.

Der Krieg hat deutlich gezeigt, wie notwendig es war, bestimmte Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung und auf vielen anderen Gebieten gemeinsam mit den Vororten zu treffen und es ist der bündigste Beweis geliefert worden, daß es unumgänglich notwendig war im Interesse der Groß-Berliner Bevölkerung so zu verfahren, wie geschehen. Diese Maßnahmen würden noch schneller und einheitlicher wie geschehen erfolgt sein, wenn eine einheitliche Verwaltung schon vorhanden gewesen wäre. Dazu kommt die immer schlechter werdende finanzielle Lage der Gemeinden, die nach einem engen Zusammenschluß mit Berlin geradezu schreit.

In der Nummer vom Dienstagmorgen der „Vossischen Zeitung“ beschäftigt sich der Gemeindevertreter Pankow-Neiniedorf in einem Artikel erneut mit der Frage der Eingemeindung. In sehr sachverständiger Weise schildert Herr Pankow die Lage der Vorortgemeinden. Er sagt u. a.:

„Im laufenden Jahre ist die Verlegenheit der Gemeinden besonders groß; der mit greifbarer Wahrscheinlichkeit zu erwartende Anstieg der Einkommensteuer, die Verdünnung des Grundstücksmarktes, der durch die Aufnahmen von Anleihen für die Kriegsfürsorge gesteigerte Zinsendienst haben auf den blühenden Optimismus der Gemeindevertretungen wie ein Blei in der Frühlingssnacht gewirkt. So bleibt den Gemeinden nichts übrig, als zu einer Steuererhöhung zu schreiten, die bei den Vorortgemeinden ausschließlich auf dem Gebiete der Einkommensteuer liegen kann. Es ist ein tröstlicher Gedanke, daß die großen Berliner Kommunen den gleichen Weg beschreiten, doch ist dabei zu bedenken, daß bei den großen Berliner Gemeinden immerhin noch eine Steigerung anderer Steuergattungen oder des Aufkommens aus den großstädtischen industriellen Unternehmungen denkbar ist. Die großen ertragsreichen kommunalen industriellen Unternehmungen wie Gas und Elektrizität fehlen entweder in den Vorortgemeinden, oder wo sie vorhanden sind, können sie eine lobnende Rentabilität kaum erreichen, weil eine solche den in den schwachbevölkerten Vororten fehlenden Massenkonsum zur Voraussetzung hat. Die Realsteuern sind aber für ein Anziehen der Steuerdräusen ganz und gar nicht mehr geeignet, denn auf diesem Gebiete sind in den Vorortgemeinden die höchsten Sätze, die nach dem Gesetz in der Regel nur den Betrag von 200 Proz. der staatlich veranlagten Realsteuer erreichen sollen, längst überschritten.“

Aus dem Gesichtspunkte, daß ein Abzug von Steuerzahlern nach den großen Nachbarkommunen unter allen Umständen verhindert werden muß, können aber auch gegenwärtig die Vorortgemeinden die Personalsteuern nicht nach ihrem wirklichen Bedürfnis, sondern nur so erhöhen, daß die Sätze zu den Steuern der Großstadt in einem erträglichen Verhältnis stehen. Die Vororte müssen, wenn sie sich nicht tief ins eigene Fleisch schneiden wollen, mit Berlin konkurrenzfähig bleiben. Man kann es deshalb den Landgemeinden nicht verdenken, wenn sie es vorziehen, ihren Ort zu schenken, ehe sie sich entschließen, eine Politik der Selbstvernichtung zu treiben. Es ist aber allen Kennern der Verhältnisse klar, daß es auf diesem Wege nicht weitergeht. Den Landgemeinden ist bereits im Vorjahre und ebenso in diesem Jahre zu ihrer Entlastung durch das Untergangkommen ihrer Gläubiger gestattet worden, die Zurücklegung der jährlichen Tilgungsraten für ihre Anleihen, die aus laufenden Einnahmen aufzubringen sind, auszusparen. Was soll werden, wenn bei Eintritt geordneter Verhältnisse neben gesteigertem laufendem Bedarf die Schuldentilgung wieder aufgenommen ist? Kein ernstzunehmender Kommunalpolitiker darf glauben, daß dann noch mit den großen Berliner Kommunen bei den Steuerzuschlägen auch nur annähernd Schritt gehalten werden kann. Und woher sollen die Landgemeinden die Mittel nehmen, um den aus der Kriegszeit erwachenden Fürsorgepflichten gerecht zu werden? Wie sollen sie alle sonstigen großen Kulturaufgaben, die im eigenen Interesse und dem der Weltstadt den Vororten ausfallen, erfüllen? Die Pläne für die Schnellbahnen, die dem Bürger der Großstadt den Wald- und Wiesengürtel bequem erreichbar machen sollen, können aus Finanznot keine Gestalt annehmen. Die wunderschönen Wohnungspläne, die der Zweckverband den armen Gemeinden vorschreibt, behalten ein papiernes Dasein. Die Staatsregierung darf diese sich mit logischer Folgerichtigkeit zuspinnende Entwicklung der Dinge, die der Krieg nur beschleunigt hat, nicht zusehauend betrachten, sie muß hier durch eine Veränderung der kommunalen Organisation Abhilfe schaffen. . . .“

Eine Lösung dieser Schwierigkeiten erblickt Herr Pankow lediglich in der Eingemeindung, indem er schreibt:

„Eine allseitig befriedigende Lösung würde diese Frage finden, wenn die Regierung den auf Eingemeindung gerichteten Bestrebungen der Vororte Folge geben würde. Berlin hat sich diesen Bestrebungen angeschlossen — nicht etwa aus Gefühls-politik, sondern in kluger Wahrnehmung eigener Interessen.“

Die Schulden der Landgemeinden und die Aufnahme einer Bevölkerung von geringerer Steuerkraft würden — das wissen die Berliner Stadtväter genau — von der Weltstadt als eine Last wahrlich nicht verpönt werden. Einem Gemeinwesen von der ungeheuer soliden Grundlage Berlins, das Schul- und Straßenausbau aus laufenden Einnahmen bestreiten kann, verurteilt solcher Zuwachs keine Beschwerde. Berlin wünscht die Eingemeindung herbei, weil es sich aus gewissen unheilvollen Zuständen und Abhängigkeiten löstreuen will, und weil der Gebietszuwachs, den es durch die umfangreichen Ländereien der Vorortgemeinden erreichen würde, für seine volkswirtschaftliche Fortentwicklung von unübersehbarer Bedeutung ist.

Die Regierung hat sich jedoch vor dem Kriege allen auf Eingemeindung der Landgemeinden gerichteten Bestrebungen gegenüber

ablehnend verhalten, wiewohl sie damals schon die besondere Notlage der Vorortgemeinden ausdrücklich anerkannt hat. Anscheinend strebt sie zur Entlastung der Vorortgemeinden die Vereinheitlichung gewisser kommunaler Verwaltungszweige, wie des Schul- und des Armenwesens, für Groß-Berlin an. Zu diesem Zwecke sollen auf gemeinschaftlicher finanzieller Grundlage neue Verbände geschaffen werden. Es ist verständlich, wenn Berlin sich nach den vielen Erfahrungen mit dem beschiedenen Zweckverbanden gegen solche Organisationen, die zur Verkrümmung seiner Selbstverwaltung führen würden, schreit. Berlin will nicht bloß der gebende, sondern auch der empfangende Teil sein. Wenn aber schlechterdings dieser Weg ohne Vergewaltigung Berlins nicht gangbar ist, warum streibt sich die Staatsregierung gegen den Eingemeindungsgedanken, bei dem alle Beteiligten auf die Kosten kommen? Irigend welche sachlichen Gründe für die Stellungnahme der Regierung sind nicht erkennbar. Man sagt, daß es politische Kreise gebe, in denen ein festgewurztes traditionelles Uebelwollen gegen die Stadt Berlin besteht. Es wäre ein Unrecht, wenn man gegen die Staatsregierung die Verschuldung erheben wollte, daß sie sich mit solcher Auffassung identifiziere. Wenn aber wirklich das Vorurteil gegen Berlin bei irgend welchen mitwirkenden Instanzen abfärben sollte, sollte der große Krieg nicht auch solches Vorurteil beseitigt und dem ungeheurer vollstimmlichen und wirtschaftlich gesunden Gedanken der Eingemeindung endlich Eingang verschafft haben?

Soweit Herr Pankow. Seine Darlegungen bestätigen, was wir und viele unserer parteigenössigen Vertreter in den Vorortgemeinden — auch unsere Vertreter im Gemeindeparlament Reinickendorf — wiederholt gefordert haben. Nur durch eine großzügige Eingemeindung kann ein wirklich einheitliches Groß-Berlin geschaffen werden!

Eine Zusammenlegung einiger Gemeinden löst die Frage nicht, erdwert sie vielmehr nur noch mehr.

Mehr Schweinefleisch.

Der Vertrag, den die Stadt Berlin vor einiger Zeit mit der Pommerischen Vieh-Verwertungsgesellschaft geschlossen hat, setzt den Magistrat in die Lage, die Zahl der städtischen Ausweiskarten für den Bezug von Schweinefleisch zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung erneut zu erhöhen. Die Erhöhung, welche die Zahl der Ausweiskarten von 440 000 auf etwa 500 000 steigert, tritt noch in dieser Woche in Kraft, so daß schon vor den Osterfeiertagen die erweiterte Bezugsmöglichkeit geschaffen ist; zugleich ist die Zahl der Verkaufsstellen von 200 auf 250 vermehrt worden. Eine weitere Vermehrung der Verkaufsstellen steht bevor.

Vorsicht vor Taschendieben!

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß bestimmte Personen in den Markthallen sich an Frauen herandrängen, um sie zu bestehlen. Die Spitzhüben benutzen die Gelegenheit, sich an Stände zu stellen, an denen zahlreiche Frauen auf Abfertigung warten und stehlen die Portemonnaies, die manche Käuferinnen unachtsamerweise in die Manteltasche stecken. Vorsicht ist also geboten. In der Andreashalle wurde gestern ein solcher Langfinger festgenommen.

Gerädert.

Ein aufregender Vorfall hat sich am Montag vormittag auf dem Bahnhof Jungfernheide abgespielt. Während auf dem Bahnsteig eine ganze Anzahl wartender Personen sich befanden, sprang plötzlich, als der fällige Ringbahnzug herannahte, ein alter Herr, dessen aufgeregtes Wesen schon vorher aufgefallen war, auf das Gleis. Ehe noch jemand zu Hilfe eilen konnte, war der Mann von den Rädern der Maschine erfasst und überfahren worden, da der Lokomotivführer auf so kurze Entfernung den Zug natürlich nicht mehr rechtzeitig zum Stehen hatte bringen können. Der Lebensmilde wurde entsehrlich verstümmelt und war auf der Stelle tot. In dem Verstorbenen wurde der 76jährige Rentner Theodor Dräger aus der Ethenacher Straße 5 festgestellt, der schon seit einiger Zeit Spuren von Geistes-schwäche gezeigt hatte.

Ein Aufsehen erregender Selbstmord ist jetzt halb aufgeklärt. Am 1. April abends sprang vor dem Hause Halleisches Ufer 14 ein Mädchen in den Landwehrkanal. Gleich darauf tief es um Hilfe. Eine Frau aus dem Publikum warf ihm ihren Regenschirm zu. Das Mädchen spannte ihn auf, hielt sich so ein Weilchen über Wasser, ging aber dann doch unter und ertrank, bevor wirksame Hilfe gebracht werden konnte. Erst am Montag fand man vor dem Hause 84 die Leiche der Selbstmörderin. Jetzt erkannte die Zimmerwirtin Frau L. in der Toten ihre Mieterin, deren Name ihr aber bisher noch nicht bekannt gewesen war. Es wurde festgestellt, daß es sich um eine Jenny Reichert handelt, die von Dresden aus als vermisst gesucht wurde.

Ein seltener Unfall hat sich am gestrigen Dienstag vormittag in Neutölln ereignet. Gegen 8 Uhr morgens wurden vom Güterbahnhof Neutölln mehrere mit Eisensteinen schwer beladene Eisenbahnwagen auf das Anschlußgleis der Maschinenfabrik Gottschalk u. Michaelis in der Köllnischen Allee 11 rangiert, um nach dem Fabrikgrundstück befördert zu werden. Als der letzte dieser Wagen die Weiche passierte, sprang diese um und der Wagen entgleiste. Er stieß mit großer Wucht gegen das Fabrikintergebäude und zertrümmerte den Hauptstützpfiler, so daß das erste Stockwerk sich senkte und einzufallen drohte. Glücklicherweise hatten die dort tätigen Arbeiter und Angestellten die Arbeitsräume gerade verlassen und sich zum Frühstück nach der Kantine und nach dem Hofe begeben. Ein Glück war es auch, daß gerade der kolossale Dampfhammer, der 300 Atmosphären hat, stillstand, denn andersfalls wäre der Zusammenbruch des Gebäudes wohl kaum vermieden worden. In die Unfallstelle wurde sofort ein großes Aufgebot von Arbeitern entsandt, die dem gefährdeten Gebäude neue Stützpunkte gaben und so die nächste Gefahr beseitigten. Im Laufe des Vormittags wurden diese Stützpunkte genügend gesichert, so daß nach einigen Stunden der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Geschlossene Badeanstalt.

Zwecks Ausführung haultider Aenderungen wird die Volksbadeanstalt Gartenstraße von Dienstag, den 25. April 1916, ab (dritter Osterfeiertag) auf acht Tage geschlossen.

Das Märkische Museum ist vom 21. (Karfreitag) ab bis 23. (Ostermontag) einschließlich geschlossen, am 24. (Ostertmontag) wie gewöhnlich von 10 bis 3 Uhr geöffnet.

Kleine Nachrichten. Beim Abspringen von einem Straßenbahnwagen schwer verunglückt ist gestern nachmittag ein unbekanntes Mädchen in der Bellealliancestraße. Vor dem Hause Nr. 26 verließ es den Wagen während der Fahrt, fiel hin und schlug so schwer auf, daß es benennungslos liegen blieb. Die Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht und ist noch nicht wieder zu sich gekommen. Sie ist etwa 20—25 Jahre alt und hatte eine Visitenkarte auf den Namen Jette Bloß in der Tasche. — Andauernde Krankheit veranlaßte den 28 Jahre alten verheirateten Maler Franz Korpid aus der Immanuelkirchstr. 14, Hand an sich zu legen. Er schloß sich in seiner Wohnung eine Kugel in die rechte Schläfe. — Im Obdach vom Tode überlastet wurde gestern ein älterer Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt feststeht. Beim Becken fand man ihn tot auf

seinem Lager liegen. Nach ärztlichem Gutachten hat ihn der Schlag gerührt. Der Mann besaß Papiere, die auf den 61 Jahre alten Arbeiter Friedrich Städtner lauten. — Einbrecher brachen in der Nacht von Montag zu Dienstag in die Werkstatt des Schneidemeisters Bunnick, Deutsch-Kroner Straße 4, ein. Die dort vorhandenen Stoffe rollten sie ab und packten alles in einen Sack. Den Dieben fielen für circa 250 M. Stoffe und zwei Anzüge, die geändert werden sollten, in die Hände. Die Diebe sind unbemerkt entkommen. — Durch Selbstmord verlor ein 40 Jahre alter Postkassierer Paul Haniel, der als Liebesgabelndieb entlarvt wurde, seiner Verhaftung sich zu entziehen. Auf einem hiesigen Amt war beobachtet worden, daß fortgesetzt Pakete mit Liebesgaben verschwand. Durch scharfe Beobachtungen gelang es endlich, Haniel als den Dieb zu ermitteln. Als er festgenommen werden sollte, erhängte er sich in einem Dienstraum. Ein anderer Beamter aber merkte noch rechtzeitig sein Beginnen und schnitt ihn ab. Wiederbelebungsvorhänge hatten Erfolg. Der Verhaftete, der in der Rosenheimerstraße zu Schöneberg wohnte, wurde zunächst als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

Aus den Gemeinden.

Teuerungszulagen in Steglitz.

Durch Beschluß der Gemeindevertretung wurden die Teuerungszulagen für Beamte und Lehrpersonen mit einem Dienst-einkommen bis einschließlich 3000 M. mit Wirkung vom 1. April d. J. wie folgt festgelegt:

Verheiratete ohne Kinder 15 M. monatlich; Verheiratete mit Kindern außerdem für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebens-jahre 5 M. monatlich. Ledige mit einem Dienstverdienst bis 2200 M. monatlich 10 M.

Die seit 1. Oktober v. J. den bei der Gemeinde Beschäftigten Arbeitern gewährte Teuerungszulage beträgt für ledige und verheiratete linderlose Personen monatlich 10 M., für verheiratete mit einem oder zwei Kindern unter 16 Jahren 15 M., mit drei und vier Kindern 20 M., mit fünf und mehr Kindern 25 M. monatlich.

Lebensmittelverkauf in Steglitz.

Auf Anordnung des Gemeindevorstandes findet von jetzt ab der Verkauf von Fleisch durch die Schlächter nur noch an dortige Einwohner statt, die im Besitz der amtlichen grauen „Ausweislarve für Lebensmittel“ sind.

Der Preis für die im Auftrag der Gemeinde durch den Eierhändler Roth zum Verkauf kommenden Eier ist auf 18 Pf. pro Stück ermäßigt worden. Der Verkauf findet auf den Wochenmärkten und im Geschäftslokal Schützenstraße 88 statt.

Soziales.

Unentgeltliche Kündigung.

Ein Hausdiener, der mit 14 tägiger Kündigung beschäftigt war, forderte am 17. März gelegentlich einer Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber eine andere Festsetzung der Arbeitszeit. Als der Arbeitgeber das ablehnte, sagte der Hausdiener: „Dann höre ich auf.“ Er glaubte hiermit die Kündigung ausgesprochen zu haben und blieb am 1. April weg. Sein Abgangszeugnis erhielt er erst 14 Tage später und verlangte deshalb durch Klage bei der Kammer 8 des Gewerbegerichts Schadenersatz. Der Beklagte sagte, er habe auf die Worte des Klägers: „Dann höre ich auf“, geantwortet: „Aber erst müssen Sie kündigen.“ Darauf habe der Kläger geschwiegen, es sei also keine Kündigung erfolgt. Der Kläger habe demnach am 1. April das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung gelöst. Rechtlich habe das Arbeitsverhältnis noch bis zum 15. April bestanden. In diesem Tage, also bei der rechtlichen Beendigung des Arbeitsverhältnisses habe der Kläger das Zeugnis erhalten, eine Schadenersatzpflicht des Beklagten liege deshalb nicht vor. Durch einen Zeugen wurde er-

wiesen, daß der Kläger die Bemerkung des Beklagten: „Erst müssen Sie kündigen“ mit Stillschweigen hinnahm. — Hiernach trat das Gericht dem Standpunkt des Beklagten bei und wies die Klage ab.

Ein Sektgelage im Kabarett.

Zu der Angelegenheit, die wir gestern unter dieser Ueberschrift veröffentlichten, erfahren wir nachträglich, daß die 90 M., von denen im Verhandlungstermin die Rede war, nicht den vollen Betrag der Rede ausmachen. Die Sache war vielmehr so: Nachdem der freigebige Gast des Kabarets „Bunte Bühne“ eine Rede von 70 M. gemacht hatte, zahlte er diesen Betrag und bemerkte, jetzt habe er kein Geld mehr. Hierauf leistete die Klägerin in übermäßiger Weinsauve „Bürgschaft“ für den Cavalier der leichtfertigen Damen. Man zechte weiter und jetzt ließ die Schuld von 90 M. auf, wegen deren sich der Kabarettbetreiber an der Sängerin, die „Bürgschaft“ geleistet hatte, schadlos halten wollte. — Die vergnügte Tafelrunde hat also in einigen Nachstunden für 160 M. Wein und Champagner durch die Gurgeln gejagt. — Ob das genügt, um die Sorgen der Zeit in Alkohol zu ertränken?

Berichtszeitung.

Folgen der Vorgeerei.

Eine ganz unzulässige Schuldentilgungsmethode, durch welche zahlreiche Kleinbändler geschädigt worden sind, hatte sich die Ehefrau Marie des Polizeiwachmeisters Raebiger ausgedacht, ohne auf das Strafbare ihres Vorgehens zu achten. Sie stand gestern wegen Betruges in zahlreichen Fällen vor der 138. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Mit ihr war eine Schuhmacherfrau wegen Fehllerei angeklagt.

Frau R. war mit Schulden in die Ehe gegangen und diese Schulden vermehrten sich in der Ehe immer mehr, doch wagte es die Angeklagte nicht, ihrem Ehemann reinen Wein einzuschmecken. Sie kam nun auf den Gedanken, sich Ware auf Kredit, z. B. Speck, Fleisch, Wäsche etc. zu verschaffen und diese so erlangten Waren an Personen zu billigen Preisen abzugeben, um davon bare Geldbänder, die sie wieder an anderen Stellen aufgenommen hatte, abstoßen zu können. Ganz einischlos kam sie dadurch immer mehr in Schulden und machte stets ein neues Loch auf, um ein anderes zuzustopfen zu können. Der Kredit wurde ihr ohne große Schwierigkeiten gewährt, da die in Frage kommenden Schlächtermeister, Fleischwarenhändler, Restorantier, Wäschebändler, vertrauensvoll auf die Beamtenwürde des Ehemannes, sich für durchaus gesichert hielten. Dazu kam, daß sie den Verkäufern der Waren, die sie auf Kredit erhielt, auch noch andere Angaben machte, die sie in dem Gefühl der Sicherheit bestärkten. So soll sie gelegentlich gesagt haben, sie habe ein Guthaben auf der Sparkasse; einzelnen Schlächtermeistern, bei denen sie größere Quantitäten Fleisch bezog, sagte sie, daß sie ein größeres Pensionat unterhalte, für das sie das Fleisch brauche, einer Wäschelieferantin redete sie vor, daß sie die leihweise entnommene Wäsche brauche, da sie eine Kusstener für eine vornehme Dame nähen müsse. Auf der anderen Seite ließ sie sich wieder bares Geld unter der Vorspiegelung, daß sie für betr. Personen unter günstigen Bedingungen Wäsche oder Fleischwaren einkaufen könne, daß sie bei Herzog Heimarbeiterin sei und als solche die Wäsche sehr billig bekomme und als Frau eines Polizeiwachmeisters Beziehungen zu Großhändlern habe, auf Grund deren sie billiges Fleisch erhalten könne. Die mitangeklagte Schuhmacherfrau hat von Frau R. Fleischwaren und Wäsche im Gesamtwerte von etwa 1000 M. für etwa 300 M. gekauft; sie will voll davon überzeugt gewesen sein, daß die Angeklagte als Frau eines Polizeibeamten — der übrigens von dem Treiben seiner Ehefrau nichts gewußt hat — die Waren auf ehrliche Weise erworben habe. — Der Staatsanwalt beantragte gegen die Hauptangeklagte 3 Monate, gegen die Mitangeklagte 1 Monat Gefängnis. — Das Schöffengericht war der Meinung,

daß die Angeklagte R. aus Kopflosigkeit und Not gehandelt und verurteilte sie zu 300 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis. Die Mitangeklagte wurde freigesprochen.

Aus aller Welt.

Wahnsinnstakt eines österreichischen Soldaten. Aus Wien wird gemeldet: Der dem Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 1 zugeteilte Infanterist Leopold Fichtner wurde am Montagvormittag plötzlich vom Wahnsinn befallen. Er feuerte mit einer Browningpistole und seinem Dienstgewehr auf die im Wachtzimmer der Kaserne anwesenden Mannschaften, von denen mehrere sofort tödlich getroffen zusammenbrachen. Hierauf schoß Fichtner zwei Stunden lang auf die Straße hinaus und tötete und verletzte noch mehrere Personen, ohne daß es dem Militär oder der Feuerweh, die aus drei Schlauchleitungen Wasserstrahlen gegen ihn richtete, gelang, ihm beizukommen. Fichtner, der eine ganze Kiste Munition sich bereit gestellt hatte, konnte scharfe 60 Schüsse abgeben, ehe es einigen beherzten Feuerwehrlenten gelang, an ihn heranzukommen und ihn zu fesseln. Der Kranke wurde nach einer Irrenanstalt gebracht. Bis her wurden neun Todesopfer gezählt, außerdem wurden noch einige Personen verletzt.

Brand der Kathedrale von Andria. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Bari ist in der Kathedrale der Stadt Andria in der italienischen Provinz Apulien eine heftige Feuersbrunst ausgebrochen, die das denkwürdige 1046 begonnene Bauwerk fast vollständig zerstört hat. Auch der Bischofspalast scheint verloren zu sein. Der Bischof konnte nur mit Mühe gerettet werden. Der Brand broht sich auf die ganze Stadt auszudehnen. Die Kathedrale genügt als Kunstwerk einen großen Ruf. Der durch den Brand verursachte Schaden ist sehr groß.

Der Radebeuler Frauenmord. Unter dem Verdacht, am 23. Januar auf dem Wege von Dresden nach Radebeul die Frau Clausniger ermordet zu haben, ist, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, der Handelsreisende Rudolf Voegel verhaftet worden. Voegel, der in der Nähe der Nordstraße wohnt, hat seinerzeit die Handtasche der Ermordeten aufgefunden. Es ist noch zweifelhaft, ob Raubmord oder Totschlag vorliegt, da die Möglichkeit besteht, daß Frau Clausniger einen etwaigen Liebesantrag Voegels abgelehnt und von ihm aus Wut darüber getötet worden ist.

Ein Nord. Im Walde bei Schlächtern (Hessen-Kassau) wurde der 18 Jahre alte Bauererbsen Ad am Föllner erschossen aufgefunden. Wie die Untersuchung ergab, ist er einem Verbrechen zum Opfer gefallen.

Die Beute des Mailänder Bahnräubers. Der „Secolo“ stellt fest, daß die Beute des Beamten Inglesi, der, wie bereits gemeldet, die Eisenbahnkasse in Mailand beraubte, 388 000 Lire beträgt. Die ganze Beute des Räubers bestand in Banknoten.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Zu dem heute abend 8 Uhr im Saal der Arbeiterbildungsvereins stattfindenden Wahlbericht im Sozialdemokratischen Wahlkreis sind Einladungen zu haben bei Schmidt, Zeitungspedition, Bärgstraße 42, sowie auch am Saaleingang.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. Rosenhof. Donnerstag, den 20. April etc., abends 6 Uhr, im neuen Verwaltungsgebäude (großer Sitzungssaal), Hauptstr. 91.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Ziemlich mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend bedeckt mit wiederholten Regenfällen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. G. Berl. Reichstagswahlkreise. 18. Abt. Bez. 821.

Nachruf! Am Sonntag, den 9. April, verstarb unser Genosse, der Modelldesigner

Wilhelm Bönsch (Prinzenallee 34).

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Berlin-Schöneberg, Bezirk 6.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Wilhelm Dobitz im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des 2. hiesigen Friedhofes, Ebnitstraße (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 15/7 Der Vorstand.

Treffpunkt für Mitglieder des „Schöneberger Frauenvereins“ um 4 1/2 Uhr bei Gastwirt Haniel.

Deutscher Buchhändler-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

Unseren Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß unser Mitglied, die Albumarbeiterin

Frau Martha Löwe am 14. April verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet heute mittag, den 19. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 22/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fahrstuhl-führer

Hans Pothig am 17. April im Alter von 23 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

64/1 Die Bezirksverwaltung.

Arbeiter-Samariterbund Kolonne Groß-Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges starb im Lazarett zu Westow unser langjähriges Mitglied, der Unter-offizier

Friedrich Henkel. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem Garnison-Friedhof, Hakenstraße, statt.

Die Samaritergenossen und Genossinnen werden um rege Beteiligung ersucht. Treffpunkt: nachmittags 4 1/2 Uhr, vor dem Friedhof, 283/9 Der Vorstand.

Fern von seinen Lieben fiel als Opfer des Weltkrieges am 1. April 1916 mein innigstgeliebter, unvergeßlicher Mann, der treuherzige Vater seiner einzigen Tochter, der Landwirtschmann

Paul Grabowski im 32. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz Frau Martha Grabowski nebst Tochter u. allen Angehörigen, Berlin-Schöneberg, Gutfahr-Wälder-Straße 11.

Wenn Liebe könnte Wunder tun, Und Tränen Tote wecken, Dann würde Dich geliebtes Herz Nicht fremde Erde decken.

Deine Liebe.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauh. Zutaten von 28 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Börs.)

Reuters Werte 3 Bände 4 Mart Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel.-Amt Moritzplatz 10628, 8578. Bureau: Rungelstraße 30.

Sitzung der Ortsverwaltung heute Mittwoch, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr.

Vertrauensmänner-Verammlung Stodkarbeiter!

Mittwoch, den 19. April, abends 5 1/2 Uhr, in Stadens Bierhaus, Michaelkirchstr. 21.

Tagesordnung: 1. Die Teuerungszulage und das Verhalten der Unternehmer. 2. Bericht über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Jede Werkstatz muß durch mehrere Delegierte vertreten sein.

Achtung!

Am Osterabend werden die Beiträge abends von 6 bis 8 Uhr entgegengenommen. Die Bureau sind am Sonnabend, den 22. April, von 1 Uhr ab, an den drei Feiertagen ganz geschlossen.

85/12 Die Ortsverwaltung.

Billige Preise!!! Rabattmarken d. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgeg. Karfreitag 12-2 geöffnet Frachtvolle Stoffe! Sonntag 1. Feiertag geschlossen. Montag 2. Feiertag 12-2 geöffnet Besondere Formen. Jedes Stück wird passend geändert und pünktlich zum Fest geliefert. Kostüme, Original-Modelle, Kravats für feinste Werkstättenarbeit, aus Kammergarn, Taub, Tafel, fließender Seide, prachtvolle Ausschneuren, Glockschenstoffe, auch einfache Formen, circa 2000 Stück am Lager, 150,- 110,- 85,- 60,- 38,- 23,- 15,- reizende Rockschmückstoffe 45,- 33,- 25,- 10% Wasserdichte Stauwämmer reizende Formen, 45,- 33,- 22,- 15,- Gedruckt: Koverkotmütel, grünliche, braunliche, mode Töne, feinste Stoffe, glatte Herrenformen, mit Steppereien, Goocken-schnitte, kurz, halblang, lang, auf Seide, auch unge-füttert, 65,- 52,- 40,- 31 1/2, 28,- 22,- 15,-, Lodenmütel 27,- 20,-, Lodenkostüme 45,- 35,- 28,- Winter-Angebote!!! Püschmütel. Echte Seepüschmütel 95,- Seepüschmütel m. Pelz 150,- 118,- Seidenpüschmütel, beste Qualitäten, glatt und Fantasieformen 85,- 65,- 42,- 29,- Stärkste Figuren finden Passendes in allen Abteilungen. I. Geschäft Mohrenstr. 37a (Kolonnaden) Pelzmütel. Frachtvolle Felle, beste Kürschnerarbeit, Ners mit Hermelin 500,- Fohlen mit Jitta 250,- Korze Pelzjacken 100,- 75,- 50,- Wollpüschmütel 80,- 60,- 50,- Winter-Ulster. Warme, mollige Stoffe, wunderbare Qualitäten. 45,- 35,- 25,- 15,- Astrachanmütel, kurz und lang, 65,- 45,- 35,- Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung. II. Geschäft Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Achtung! Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.

Am Mittwoch, den 26. April 1916, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Grunow, Spandau, Moritzstraße Nr. 2, die

ordentliche Ausschußsitzung statt.

Tagesordnung: 1. Kassenericht. 2. Bericht der Kassenvorsteher. 3. Kleine Anfragen und Mitteilungen.

(Anfragen, die eine Einsichtnahme in die Bücher oder Akten notwendig machen, müssen wenigstens 3 Tage vor der Sitzung dem Vorstand schriftlich eingereicht werden.)

Die Herren Ausschußmitglieder erhalten noch eine besondere Einladung.

Der Vorstand. O. Weber, Vorsitzender.

Glühstrumpfsacke kauft Wämel, Angulstraße 69. 256/8.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Lichterfelde.

Am Freitag, 28. April 1916, abends 8 Uhr, findet im großen Rathsaal, Berlin-Lichterfelde, Schillerstraße, eine

Ordentliche Ausschußsitzung statt mit folgender

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über den Nach-tragsetat für das Jahr 1915. 2. Geschäftsbericht 1915

a) Bericht des Vorstandes, b) Bericht der Revisoren. 3. Abnahme der Jahresrechnung 1915. 4. Berichtsbörnes. 205/11

Berlin-Lichterfelde, 18. April 1916. Der Vorstand. Hans Fischer, Vorsitzender.

Ein grauer Kopf

macht 10 Jahre älter! Ergraute Haare erhalten sofort ihre ursprüngl. schöne Farbe echt und naturgetreu wieder durch mein garantiert un-schädlich „Alcoler“. Herr C. R. in Harrowa (Rumän.) schreibt: „Senden Sie mir gef. wieder 1 Fl. von Ihrem wirkli. wunderbaren Haarfarbmittel“. — In jeder Ntanco-Karton 2 M. u. 3 M. — Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Führer

durch das preussische Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister

Preis 40 Pf.

Zu haben in allen 32

Portwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Portwärts Berlin SW., Lindenstraße 3

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, Inb.: P. Golletz Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 364

Zurück 140/12 Professor A. Pinkuss W., Kleiststr. 2.